

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
der NATO**

**Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO
vom 27. bis 30. Mai 2022 in Vilnius, Litauen**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
II. Schwerpunkte der Frühjahrstagung	2
III. Politischer Ausschuss	2
IV. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.....	6
V. Ausschuss für Demokratie und Sicherheit.....	11
VI. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.....	13
VII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie	16
VIII. Plenarsitzung	17
IX. Verabschiedete Erklärungen.....	22

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization, NATO PV) fand vom 27. bis 30. Mai 2022 in Vilnius, Litauen, statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationsmitglieder:

Deutscher Bundestag:

Abgeordnete Marja-Liisa Völlers, stellvertretende Leiterin der Delegation (SPD),
Abgeordnete Bettina Lugk (SPD),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordnete Dr. Zanda Martens (SPD),
Abgeordneter Dr. Joe Weingarten (SPD),
Abgeordnete Kerstin Vieregge (CDU/CSU),
Abgeordnete Merle Spellerberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Abgeordnete Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP),
Abgeordneter Gerold Otten (AfD).

Bundesrat:

Staatsminister Peter Beuth (CDU), Hessen
Minister Boris Pistorius (SPD), Niedersachsen
Minister Georg Maier (SPD), Thüringen.

II. Schwerpunkte der Frühjahrstagung

Die Tagung fand in Vilnius statt, nachdem die ursprünglich für 2020 in Kiew vorgesehene Tagung wegen der Pandemie auf 2022 verschoben und nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 dorthin verlegt werden musste. Am Freitag, den 27. Mai 2022, führte die deutsche Delegation in Rukla Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten der des deutschen Anteils der Enhanced Forward Presence Battlegroup in Litauen.

Schwerpunkte der Frühjahrstagung waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, dessen Auswirkungen auf die euro-atlantische Sicherheit und die Frage, wie die NATO-Ostflanke gestärkt werden könne. Die Versammlung nahm zwei Entschlüsse an: „Der Ukraine beistehen“ und „Der Bedrohung durch Russland begegnen“. Aus der Ukraine zugeschaltet waren unter anderem der Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk, der Verteidigungs-, der Außen- und der Wirtschaftsminister sowie der Minister für digitale Transformation. Die Ministerin für Europäische Integration war nach Vilnius gereist. Die deutsche Delegation führte ein Gespräch mit der ukrainischen Delegation, die mit fünf Abgeordneten angereist war. Die ukrainischen Delegierten sprachen sich für eine Verleihung des EU-Kandidatenstatus noch vor dem Sommer, schnelle Lieferungen von schweren Waffen angesichts der hohen täglichen Verluste von circa 100 ukrainischen Soldatinnen und Soldaten und für die Entsendung von Traumata-Spezialisten für Opfer von Vergewaltigungen aus. Am Samstagabend traf die Delegation mit der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja zusammen. Sie betonte, dass die belarussische Bevölkerung sich entschieden gegen den russischen Angriffskrieg positioniere und die EU-Sanktionen gegenüber dem Lukaschenko-Regime aufrechterhalten bleiben sollten.

III. Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, den 28. Mai 2022, unter dem Vorsitz von Brendan Boyle (USA). Schwerpunkte der Beratungen waren die Sicherheitsherausforderungen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, die russische und belarussische Gesellschaft im Kontext des russischen Krieges gegen die Ukraine, die politische und sicherheitspolitische Anpassung der NATO als Reaktion auf den Krieg, die Reform des strategischen Konzepts, die Entwicklungen in Afghanistan sowie die NATO und der indopazifische Raum.

1. Diskussion mit dem litauischen Außenminister **Gabrielius Landsbergis** zum Thema „Die litauische Perspektive auf die euro-atlantischen Sicherheitsherausforderungen“

Außenminister **Gabrielius Landsbergis** ging auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die großen geopolitischen Veränderungen seit dem 24. Februar 2022 ein und dankte allen Regierungen für die weitreichenden Entscheidungen zur Unterstützung der Ukraine nach dem russischen Angriff. Er erklärte, der Kampf um die Ukraine sei noch lange nicht gewonnen und dass es fraglich sei, ob die NATO-Staaten entschieden genug für die fortlaufende Hilfe für die Ukraine und die vollständige Isolation Russlands seien. Er forderte die NATO auf, ihre Ostflanke zu verstärken, da sie in der Lage sein müsse, jeden Zentimeter des NATO-Gebiets verteidigen zu können. Es stelle sich die Frage, ob die durch die russische Blockade von ukrainischen Häfen im Schwarzen Meer verursachte drohende weltweite Nahrungsmittelkrise ein Eingreifen der NATO erfordere. In der Aussprache wurde die Frage der Ausgestaltung von möglichen Sicherheitsgarantien für die Ukraine nach einem Sieg erörtert, einige sprachen sich für eine Aufstockung der Langstreckenwaffen für die Ukraine aus. Auf die Frage nach der Ausgestaltung eines Sieges der Ukraine erwiderte **Gabrielius Landsbergis**, Kriege endeten am diplomatischen Verhandlungstisch, aber zunächst müsse der Sieg auf dem Schlachtfeld errungen werden. Die Staaten könnten die Ukraine mit militärischer Artillerie unterstützen. Die Tür zur NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine müsse offen bleiben. Zur Frage eines EU-Kandidatenstatus antwortete er, dies sei abzuwarten, derzeit bestehe keine große Hoffnung.

Solomiia Bobrovska (Ukraine, assoziierter Partner) erklärte, die Stadt Mariupol wäre nicht gefallen, wenn der Ukraine von Anfang an Langstreckenwaffen zur Verfügung gestellt worden wären. Der Vorschlag, ukrainisches Gebiet zu tauschen, sei unangebracht, da Putin nur rohe Gewalt verstehe. **Yehor Cherniev** (Ukraine, assoziierter Partner) fügte hinzu, er hoffe, dass die Versammlung in der nahen Zukunft in einer freien Ukraine tagen könne. Man müsse verstehen, dass dies ein langer Krieg werde. Wenn Putin nicht gestoppt werde, werde er über die Ukraine hinausgehen. **Gabrielius Landsbergis** erklärte, Russland müsse besiegt werden. Ein Abkommen in einer Pattsituation zu unterzeichnen, hätte einen neuen Krieg zur Folge. Die russische Bevölkerung unterstütze den Krieg, daher sei eine Zusammenarbeit derzeit leider schwierig. Auf die Frage nach der NATO-Kandidatur Schwedens und Finnlands erklärte er, Litauen unterstütze deren Beitritt und hoffe, dass kein Land ein Veto gegen etwas einlegen werde, was für die baltische Region so wichtig sei. **Taner Yildiz** (Türkei) erklärte, in den 1990er Jahren habe die Türkei die Erweiterung der NATO unterstützt. Die neuen NATO-Mitglieder hätten sich dann jedoch gegen einen EU-Beitritt der Türkei positioniert. **Ahmet Berat Conkar** (Türkei) legte dar, die Türkei sei offen für eine Erweiterung, habe aber berechtigte Sicherheitsbedenken, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürften. **Gabrielius Landsbergis** entgegnete, es sei bedauerlich, dass diese Sicherheitsbedenken zu einem Zeitpunkt erklärt würden, in dem die Welt mit einer Krise konfrontiert sei, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr aufgetreten sei.

2. Diskussion per Videoschaltung mit **Emine Dzhaparova**, erste stellvertretende Außenministerin der Ukraine, zum Thema „Die Ukraine an der Frontlinie des globalen Kampfes für Demokratie“

Emine Dzhaparova erklärte, die Ukraine habe trotz der schweren Verluste im ersten Abschnitt des Krieges gesiegt. Sie informierte über die andauernden russischen Angriffe. Die Ukraine sei an einem Punkt angelangt, an dem sie entweder Russland aufhalten oder das gesamte Gebiet der Gefahr weiterer Angriffe durch russische Streitkräfte aussetzen müsse. Tausende ukrainische Bürgerinnen und Bürger seien in russische Lager zwangsumgesiedelt worden. Sie berichtete über die russischen Versuche, den Völkermord zu vertuschen. Die Ukraine arbeite an der Einrichtung eines Ad-hoc-Tribunals für Völkermord, Kriegsverbrechen und Aggression gegen die Ukraine. Sie bedauerte, dass Russland durch den Verkauf von fossilen Brennstoffen an europäische Länder fortlaufend Einkommen erziele. Sie forderte die Lieferung von Raketen und Artillerie, insbesondere von modernen Waffen und von Minenräumgeräten, damit die Bevölkerung wieder in ihre Heimat zurückkehren könne. Die zivilisierte Welt müsse erkennen, dass die Ukraine mit ihrem Kampf gegen Putin für die Sicherheit in der westlichen Welt Sorge. Sie kritisierte Vorschläge, die ein Aufgeben der Ukraine für mögliche Kompromisse beinhalteten und unterstrich, dass die Ukraine unter keinen Umständen einen territorialen Kompromiss eingehen würde. Putin benötige keine gesichtswahrenden Lösungen des Westens, vielmehr sei mehr Druck durch Sanktionen erforderlich. Der Sieg der Ukraine werde ein Sieg für alle sein.

In der Aussprache ging es um die Frage, warum 70 Prozent der russischen Bevölkerung Putins Krieg unterstützten und um die Möglichkeit, Getreide über Landwege durch die an die Ukraine angrenzenden NATO-Länder zu exportieren.

3. Podiumsdiskussion mit Wladimir Milow, russischer Oppositionspolitiker und Berater von Alexej Nawalny für wirtschaftliche und internationale Angelegenheiten und Franak Viacorka, Berater der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, zum Thema „Die russische und belarussische Gesellschaft im Kontext des russischen Krieges gegen die Ukraine“

Die Sicht der russischen demokratischen Opposition auf die Lage in Russland

Wladimir Milow erläuterte, zu Beginn habe die russische Bevölkerung den Krieg aufgrund fehlender, unzensurierter Informationen unterstützt. Die russische Öffentlichkeit wisse nur sehr wenig über den Krieg und würde ihn in Kenntnis der wahren Entwicklungen ablehnen. Kritischen Menschen drohen bis zu 15 Jahren Haft, daher habe es nur wenige öffentliche Proteste gegeben. Putin habe sich nur mit einer sehr kleinen Gruppe beraten, verbringe viel Zeit mit einer Handvoll Generälen und bespreche sich nicht mit Mitgliedern seiner Regierung. Die russische Elite scheine sich der Folgen des Krieges nicht bewusst zu sein. Er wies Gerüchte über einen schwachen Gesundheitszustand und eine baldigen Absetzung Putins zurück und schlug vor, den Druck auf Putin zu erhöhen. Dies solle zum einen durch die Sicherstellung eines Sieges der Ukraine durch Waffenlieferungen sowie zum anderen durch den weiteren Ausbau der Sanktionen geschehen.

Die Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine auf die politischen Entwicklungen in Belarus

Franak Viacorka skizzierte die Entwicklungen in Belarus seit August 2020. Der Krieg in der Ukraine habe das Land verändert, es sei nun politisierter und polarisierter. Viele Initiativen zur Unterstützung der Ukraine seien in Belarus entwickelt worden. Er führte aus, eine Antikriegsbewegung sei gegründet worden und die belarussische Armee habe sich geweigert, gegen die Ukraine zu kämpfen. 1500 belarussische Freiwillige unterstützten die ukrainische Armee und mehr als 40 Fahrzeuge und mehrere tausend kugelsichere Westen seien gespendet worden. Straßenproteste seien derzeit aufgrund der starken Repression unmöglich und seit Beginn des Krieges seien 2100 Menschen verhaftet worden. Viele glaubten, dass die Unterstützung der ukrainischen Kriegsanstrengungen zur Befreiung der belarussischen Gesellschaft beitragen könne. Er forderte die Anerkennung der demokratischen Kräfte in Belarus, eine Unterscheidung zwischen der belarussischen Bevölkerung und dem Regime und die Fortführung der bestehenden Sanktionen.

Auf die Frage von **Brendan Boyle** (USA) zum Vorgehen bei Meinungsumfragen in Russland, erklärte **Wladimir Milow**, die Umfragen würden anonym und mit vielen Nuancen durchgeführt, daher seien sie schwer zu interpretieren. Die Dynamik sei aussagekräftiger als die reinen Ergebnisse. Gefragt nach den Folgen der Sanktionen auf die Bevölkerung, führte er aus, ihre Wirkungen seien erst in ein paar Monaten zu spüren, da weiterhin eine große Geldsumme nach Russland fließe, Verträge weiter liefen und die Lagerhäuser noch gefüllt seien. **Solomiia Bobrowska** (Ukraine, assoziierter Partner) dankte der belarussischen Bevölkerung für die Unterstützung der Ukraine und insbesondere für den Einsatz sozialer Medien für Hinweise über Standorte, an denen Raketen abgeschossen würden. **Franak Viacorka** erklärte, die belarussische Bevölkerung wisse, dass ihr Schicksal in den Händen der Ukraine liege. Beide sprachen sich für den Ausschluss Russlands und Belarus bei Sportereignissen aus.

4. Beratung des Berichtsentwurfs „Politische und sicherheitspolitische Anpassung der NATO als Reaktion auf den Krieg gegen Russland: Überarbeitung des strategischen Konzepts“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter ad interim Tomas Valasek (Slowakei)

In Vertretung des Generalberichterstatters erklärte **Brendan Francis Boyle** (USA), der Bericht konzentriere sich auf den Krieg in der Ukraine und bewerte dessen Auswirkungen auf die Sicherheit und zukünftige Arbeit der NATO. In fünf Punkten werde aufgezeigt, was im neuen strategischen Konzept als Reaktion auf den russischen Einmarsch in der Ukraine aufgenommen werden müsse. Das neue strategische Konzept solle aus der Dynamik in Folge des russischen Angriffskrieges Nutzen ziehen und unmissverständlich klarstellen, dass die kollektive Verteidigung den Grundstein des Bündnisses bilde. Er kritisierte, dass das Konzept von 2010 keine Schwerpunkte gesetzt habe und die Liste der prioritären Bereiche zu lang oder zumindest nicht hinreichend hierarchisch gegliedert gewesen sei. Jetzt solle ein anderer Weg verfolgt werden. Krisenbewältigung und kooperative Sicherheit seien zentrale Aufgaben. Das neue strategische Konzept solle eine kohärente Grundlage für die militärische Planung und die Entwicklung von Fähigkeiten bilden. Es solle flexibel genug sein, das Bündnis in die Lage zu versetzen, verschiedenen, neu aufkommenden Sicherheitsproblemen zu begegnen und dies unter Beibehaltung der Fähigkeiten für seine Kernaufgabe gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags. Es müsse sichergestellt werden, dass die NATO ein Bündnis von Demokratien sei und die demokratischen Werte schütze. Die militärische Macht müsse gestärkt werden. Die verstärkte Vorwärtspräsenz müsse zu einer verstärkten Vorwärtsverteidigung werden, die Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe, Spionage, Falschinformationen, Pandemien und gegen die Folgen

des Klimawandels solle verbessert werden. Das globale Netz von Partnerschaften mit Partnern, die mit den Interessen und Werten übereinstimmen solle ausgebaut werden. Die NATO als politische Institution solle gestärkt und die Einigkeit bekräftigt werden.

Ming Campbell (Vereinigtes Königreich) erklärte, in den Anfangszeiten seien die strategischen Konzepte geheim gewesen. Jetzt sei es von entscheidender Bedeutung, dass sie veröffentlicht und kommuniziert würden. **Cesar Mogo** (Spanien) schlug vor, dass das strategische Konzept angesichts der Ungewissheit, die die Invasion in der Ukraine mit sich bringe, flexibel sein solle und die Südflanke nicht ignorieren dürfe.

5. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Die Entwicklungen in Afghanistan: Ursachen, Folgen und politische Herausforderungen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Ahmet Yildiz (Türkei)

Ahmet Yildiz erläuterte, der Bericht konzentriere sich auf die Entwicklungen in Afghanistan seit dem Abzug der NATO. Die Ziele des NATO-Einsatzes in Afghanistan seien die Sicherstellung, dass Afghanistan nicht zu einem sicheren Hafen für Terroristen werde und die Unterstützung des Aufbaus einer demokratischen Regierungsführung gewesen. Nach fast 20 Jahren NATO-Engagement mache die Machtübernahme durch die Taliban alle Bemühungen des Bündnisses zunichte. Afghanistan sei auf humanitäre Hilfe und Unterstützung angewiesen. Die wichtigsten Lehren aus dem Engagement in Afghanistan seien, dass das Bündnis das Krisenmanagement als wesentliche Kernaufgabe aufrechterhalten und den durch den langen Einsatz erreichten politischen Zusammenhalt und die Interoperabilität bewahren solle. Anstatt groß angelegte Operationen außerhalb des Einsatzgebiets abzulehnen, müssten die Bündnispartner künftige Krisenmanagementoperationen fortlaufend bewerten, um zu erfassen, inwieweit sie weiterhin den strategischen Interessen entsprächen. Dafür sei die Fähigkeit entscheidend, zwischen vitalen und peripheren Interessen zu unterscheiden. Diese Fähigkeit verringere das Risiko einer schleichen den Aufgabenausweitung. In der Terrorismusbekämpfung seien große Fortschritte erzielt, das weiter gefasste Ziel des Nation-Buildings in Afghanistan habe sich jedoch als weitaus größere Herausforderung gezeigt. Künftig sollten solche nichtmilitärischen Einflüsse am besten den internationalen Partnerorganisationen überlassen werden, die über die dazu nötigen Ressourcen und Erfahrungen verfügten. In Zukunft müsse es eine stärkere parlamentarische Kontrolle der militärischen Intervention bei solchen Missionen und Operationen geben.

Lord Hamilton (Vereinigtes Königreich) erklärte, der Rückzug aus Afghanistan sei chaotisch gewesen und habe Präsident Putin möglicherweise ermutigt, ohne jegliche Reaktion der NATO in die Ukraine einzumarschieren. Er schlug vor, weitere Lehren daraus zu ziehen, die in den Bericht aufgenommen werden sollten, auch wenn sie umstritten seien. **Bastiaan van Apeldoorn** (Niederlande) berichtete über die hohe Zahl der Todesopfer und die tatsächlichen Kosten des Krieges und wies darauf hin, dass frühere Berichte über Afghanistan recht optimistisch gewesen seien. Daraus müssten Lehren gezogen werden.

6. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „Die NATO und der Indopazifische Raum“, vorgelegt von der Berichterstatterin Sonia Krimi (Frankreich)

In Vertretung des Berichterstatters erklärte **Marcos Perestrello de Vasconcellos** (Portugal), in den zurückliegenden 25 Jahren habe die NATO im Bereich der kooperativen Sicherheit vor dem Hintergrund des Auseinanderfallens des Sowjetblocks und dem Aufkommen neuer Demokratien ein flexibles Netz von Partnerschaften mit Nicht-NATO Mitgliedsstaaten aufgebaut. Dieser Ansatz habe durch die Beschleunigung der Globalisierung und die Intensivierung der Verbindungen zwischen den Staaten neuen Schwung erhalten. Aktuell unterhalte die NATO zu zwanzig Staaten im Euro-Atlantikraum, zu sieben Staaten im Mittelmeerraum (Stichwort Mittelmeerdialog) und zu vier Staaten in der Golfregion (Istanbuler Kooperationsinitiative) Beziehungen. Die nächste Ebene sei die mit „Partnern in aller Welt“ einschließlich Afghanistan, Australien, Kolumbien, Irak, Japan, der Republik Korea, der Mongolei, Neuseeland und Pakistan. In den Beratungen zu „NATO2030“ und der Reform des strategischen Konzepts habe NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Notwendigkeit betont, dass die NATO eine stärker global orientierte Perspektive einnehmen müsse. Mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung lebe im indopazifischen Raum. De facto machten Indien und China zusammen fast ein Drittel der Weltbevölkerung aus. In den letzten zwanzig Jahren hätten die Wirtschaft und die zunehmende Verstädterung im indopazifischen Raum einen regelrechten Wachstumsboom erlebt, der die Region zu dem jüngsten Epizentrum der Wirtschafts- und Handelswelt gemacht habe. Wichtige Handelsstraßen kreuzten sich in der Region und einige Wasserstraßen und Seewege seien von hoher strategischer Bedeutung. Die Straße von Malakka als wichtigste Meeresverbindung zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean werde jährlich von etwa 100.000 Schiffen durchfahren. Strategisch bedeutende Engpässe zwischen den beiden Ozeanen, wie zum Beispiel das Südchinesische Meer und die Meerenge von

Taiwan (Taiwan-Straße), dienten als Transitwege für erhebliche Mengen von Frachtgütern. China dominiere den indopazifischen Raum. Die NATO müsse sich in erster Linie auf die Sicherheit in Europa konzentrieren, sich aber dennoch eine Meinung darüber bilden, was China für die NATO bedeute. Das Bündnis müsse sich auf den Aufbau von Partnerschaften auf der Grundlage demokratischer Werte konzentrieren. Die Beziehungen zu China würden weitgehend von der Position abhängen, die China Russland gegenüber einnehme. Sollte China sich für die Beibehaltung einer verhältnismäßig neutralen Haltung entscheiden und von einer massiven Unterstützung oder gar von Rettungspaketen für das russische Regime absehen, so wären die Alliierten sicher gut beraten, wenn sie eine ausgewogene und für einzelne Bereiche sorgfältig ausgearbeitete China-Politik verfolgten. Sie sollten sich dabei an die Linie des gegenwärtig vorherrschenden europäischen Ansatzes halten, demzufolge China vom System her ein Rivale und dennoch auch Partner sei.

IV. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Sonntag, den 29. Mai 2022, unter dem Vorsitz von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkt der Beratungen waren die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die litauische Verteidigungspolitik, eine Analyse der russischen Kriegsführung in der Ukraine sowie die Gefahren des Terrorismus und Herausforderungen für die Cybersicherheit.

1. Diskussion mit dem litauischen Verteidigungsminister Arvydas Anušauskas zum Thema „Die Folgen der russischen Invasion in der Ukraine für die litauischen Verteidigungspolitik“

Arvydas Anušauskas führte aus, Russland stelle eine langandauernde Bedrohung für die Sicherheit Litauens dar. Seit dem Überfall auf Georgien, der Annexion der Krim und seinem Eingreifen in Syrien habe Russland gezeigt, dass es politischen, militärischen und wirtschaftlichen Druck für seine imperialistischen Ziele einsetze. Die russische Invasion habe die litauische Verteidigungspolitik nicht grundlegend verändert. Litauen habe eine umfassende Strategie für Resilienz für alle Institutionen erarbeitet. Lange vor dem Krieg habe Litauen die Ukraine unterstützt. So habe Litauen ein militärisches Training für ukrainische Offiziere durchgeführt, das nun fortgeführt und ausgebaut werde. Gefragt nach den energiepolitischen Herausforderungen und der besonderen Situation in Kaliningrad erklärte er, man stehe mit Russland im Dialog und habe nicht vor, die russische Gasleitung nach Kaliningrad zu unterbrechen. Eine spanische Delegierte erkundigte sich, wie Litauen Falschinformationen durch die russischen Behörden begegne. **Arvydas Anušauskas** informierte, auf der Grundlage europäischen Rechts seien bestimmte russische Fernsehkanäle geschlossen worden.

2. Beratung des Berichtsentwurfs „Angriff und Abwehr: Die NATO im Angesicht der Cyber-Herausforderung“, vorgelegt von der Berichterstatterin Roberta Pinotti (Italien)

Roberta Pinotti legte dar, die Welt sei digital zunehmend vernetzt, sodass eine sorgfältig ausgeführte Cyber-Operation ein zunehmendes Potenzial für die Beschädigung oder Zerstörung von kritischen Infrastrukturen, für erhebliche Verwerfungen an den Finanzmärkten und für eine Aushöhlung der politischen und sozialen Stabilität habe. Moderne Streitkräfte seien zunehmend von digitalen Systemen abhängig. Sie operierten von Plattformen aus, die im Hinblick auf das Management von Kampfeinsätzen für die Überwachung und Aufklärung sowie die Durchführung von Missionen auf hochentwickelte Software und interdependente Cyber-Netze angewiesen seien. Die Verwundbarkeit moderner Militärsysteme durch Cyberoperationen nehme zu. Die vielfältigen Anstrengungen, die potenziellen Schwachpunkte in diesen modernen Systemen auszunutzen, hätten in immer mehr Ländern zu ausgeklügelten Formen der Cyber-Kriegsführung geführt. Parallel hätten sich elektronische Kampfmittel zur Abwehr von Cyberangriffen entwickelt. Die NATO sei dabei, ihre Cyberfähigkeiten und damit die Verteidigung sämtlicher Verbündeter und Partner zu optimieren.

Im Rahmen der „Allies 2021 Comprehensive Cyber Defence Policy“ arbeite sie an der Unterstützung der drei Kernaufgaben der NATO: Kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit sowie an einer breiteren Aufstellung von Verteidigung und Abschreckung.

Die sehr gut funktionierende ukrainische Cyber-Abwehr sei durch die russische Invasion deutlich geworden, die alle Erwartungen übertroffen und größere Cyberoperationen gegen die kritische Infrastruktur von Staat und Streitkräften sowie im zivilen Bereich vereitelt habe.

Die NATO habe deutlich gemacht, dass Cyberangriffe den Bündnisfall gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages auslösen könnten. Die Versammlung fordere daher, dass die Alliierten ihre Position bezüglich Cyberangriffen rechtlich festhalte sollten. Auch unterhalb der Schwelle von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages sei eine Strategie für den Einsatz von politischen und militärischen Instrumenten zu erarbeiten. Die Alliierten sollten sich darauf

verständigen, die Fähigkeiten der Ukraine zur Cyberabwehr stärker zu unterstützen, da das Land einer anhaltenden Welle von Cyberangriffen durch Russland ausgesetzt sei. Neben der finanziellen, diplomatischen, humanitären und militärischen Unterstützung würde eine verstärkte Cyber-Unterstützung einen erheblichen Beitrag dazu leisten, dem ukrainischen Volk bei der Überwindung des Angriffs Russlands auf die Souveränität seines Landes zu helfen.

In der Aussprache legte Staatsminister **Peter Beuth** (CDU, Hessen) dar, dass die Länder sich täglich Cyberangriffen ausgesetzt sähen. Er erkundigte sich, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, um die Schwelle des Artikels 5 des Nordatlantikvertrages zu erreichen und wann ein Cyberangriff den Bündnisfall auslösen würde. **Roberta Pinotti** erklärte, anders als das humanitäre Völkerrecht seien Cyberangriffe nicht geregelt und es seien keine Institutionen zur Klärung von Fragen in diesem Bereich vorgesehen. Man befinde sich in einem rechtsfreien Raum, daher müsse der Bereich dringend völkerrechtlich geregelt werden. Letztlich sei es eine politische Entscheidung der Mitgliedstaaten. Der Gipfel in Madrid sollte im Idealfall erste Antworten auf diese Fragestellung liefern. In der Diskussion gingen viele Redner auf die Frage ein, wie belastbar Nachweise erbracht werden müssen, wenn der Cyberangriff von privaten Organisationen durchgeführt werde, dieser aber nur durch den Herkunftsstaat finanziert und ermöglicht worden sei.

3. Austausch mit dem ukrainischen Verteidigungsminister Oleksii Reznikov

Oleksii Reznikov erläuterte, Russland habe eine strategische Niederlage erlitten, da es mit einer raschen Einnahme Kiews innerhalb von drei Tagen sowie mit der Einsetzung einer Russland genehmen Regierung innerhalb von zehn Tagen und nicht mit dem massiven Widerstand der ukrainischen Armee und der Zivilbevölkerung gerechnet habe. Russland habe enorme Verluste bei seinen Soldaten und seiner militärischen Ausrüstung erlitten. Inzwischen verfolge Russland „bescheidenere“ Ziele. Heftige Kämpfe seien in den von Russland bereits besetzten Gebieten Luhansk und Lyssytschansk zu verzeichnen. Die ukrainischen Streitkräfte verlören täglich ungefähr 100 getötete und 500 verletzte Soldaten. Die russische Armee verfüge über einen unbegrenzten Nachschub an Munitionen, bombardiere ukrainische Städte, beginge Völkermord und verübe Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung wie zum Beispiel durch Vergewaltigungen von Frauen oder Kindesentführungen. Die Massaker in der Ortschaft Butscha seien ausreichend dokumentiert. Eine schnelle Lieferung schwerer Waffen, wie beispielsweise von Panzern und Artillerie, sei erforderlich. Die Ukraine widersetze sich erfolgreich der weltweit zweitgrößten Armee, die Welt solle der Ukraine vertrauen und sie im Kampf um ihre Freiheit unterstützen. Die Ukraine werde siegen und verteidige nicht nur ihr Land, sondern auch die westlichen Werte der Demokratie und Freiheit.

In der Aussprache betonte Präsident **Connolly** die große Unterstützung der USA für die Ukraine. Der US-Kongress habe ein Hilfspaket in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar verabschiedet, bilde ukrainische Piloten aus und liefere Mehrgefechtsbataillone. Der Faktor Zeit sei in diesem Krieg entscheidend. Putin habe nicht nur den Mut der ukrainischen Streitkräfte und der Zivilbevölkerung, sondern auch die westliche Solidarität und Einheit unterschätzt. Viele Mitglieder betonten die Solidarität ihrer Länder mit der Ukraine und ihre Hochachtung vor der Entschlossenheit und dem Mut der Streitkräfte sowie der Bevölkerung. Putins Regime dürfe auf keinen Fall siegen. Auf die Frage eines britischen Mitglieds nach dem Status der ausländischen Kämpfer, die an der Seite der ukrainischen Armee kämpften, erklärte **Oleksii Reznikov**, Interessenten würden von den ukrainischen Botschaften in den entsprechenden Herkunftsländern überprüft, seien nach erfolgter Aufnahme Teil der Armee und erhielten den gleich hohen Sold wie die ukrainischen Soldaten. **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)** erklärte, der russische Angriff habe alle zutiefst schockiert. Die Einheit innerhalb der Allianz sei sehr wichtig und müsse erhalten bleiben. Der Krieg habe Schweden und Finnland zu dem historischen Schritt bewogen, ihre Neutralität aufzugeben und der NATO beizutreten. Deutschland tue alles, um die Ukraine in ihrem Verteidigungskampf zu unterstützen. Russland dürfe in diesem Krieg nicht erfolgreich sein. Auf ihre Frage, wie der Widerstand in den von Russland besetzten Gebieten organisiert sei, erklärte **Oleksii Reznikov**, es bestehe ein gewisser Kontakt und man versuche, soweit möglich, Widerstandskämpfer zu unterstützen. Gefragt nach Cyberangriffen, erklärte er, zum Glück habe die NATO gleich zu Beginn des Angriffskrieges der Ukraine die Nutzung des Zentrums für Cyber-Abwehr in Tallinn, das NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence, ermöglicht. Derzeit bereite das ukrainische Parlament die gesetzlichen Grundlagen für die Abwehr von Cyberangriffen und für die Einrichtung von Cyber-Kampfeinheiten vor.

Oleksii Reznikov dankte einer Vielzahl von NATO-Mitgliedstaaten für die große Unterstützung und Hilfe, die sein Land erfahre. Er bat um die schnelle Lieferung weiterer Artilleriewaffen mit großer Reichweite.

3. Vortrag und Diskussion mit Michael Kofman, Direktor des Programms „Russlandstudien“, Zentrum für Marine Analysen

Michael Kofman betonte, viele Elemente des russischen Angriffskrieges seien noch ungeklärt und die vorhandenen Informationen müssten kritisch betrachtet werden. Es habe sich gezeigt, dass das russische Militär nicht in der Lage sei, große Militäroperationen an mehreren Stellen gleichzeitig durchzuführen. Inwieweit sich die derzeitigen Entwicklungen aufgrund einer schlechten russischen Armee oder wegen schlechter Planung darstellten sei fraglich. Die russische Armee sei schwächer als erwartet, aber dennoch widerstands- und anpassungsfähig. Die langfristigen militärischen Trends sprächen eher für die Ukraine, die kurzfristigen Trends seien offen. Russland sei von einem schnellen Regimewechsel ausgegangen. Die russischen Soldaten seien weder materiell noch psychisch auf einen Krieg vorbereitet gewesen, was dann durch die langen Kampfhandlungen zu einer Demoralisierung geführt habe. Die Artillerie sei weiterhin der Hauptantrieb des Konfliktes. Russland habe über zu wenige Streitkräfte verfügt und hohe Verluste bei der Ausrüstung erlitten, was in der zweiten Phase des Krieges zu einem Rückzug und einer Umorientierung in der Ostukraine geführt habe. Auch dort fehlten Truppen. Russland könne den Krieg ohne wesentliche Änderungen, vor allem aufgrund fehlender militärischer Stärke, nicht durchhalten. Daher sei es sehr wahrscheinlich, dass die derzeitige Offensive in der Ostukraine die letzte sei, bis Russland sein militärisches Potenzial ausgeschöpft habe. Zwar sei Russland in der Luft und an Feuerkraft der Ukraine überlegen, die Ukraine stelle jedoch der Fläche nach das zweitgrößte Land Europas dar. Militärische Stärke könne nicht abstrakt sondern nur in einem konkreten Zusammenhang analysiert werden. Er warnte vor Verallgemeinerungen und erklärte, von der Schlagkraft einer Armee in einem Krieg könne nicht auf deren Schlagkraft in potenziellen weiteren Kriegen geschlossen werden.

Alec Shelbrooke (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, ob Russland in der Lage sei, seine Bestände an Ausrüstungsgütern und an motivierten Streitkräften aufzufüllen. **Michael Kofman** antwortete, das russische Militär verfüge über eingelagerte Bestände, die je nach Bereich große Defizite aufwiesen. Die russische Stimmung sei schwankend. In der ersten Phase des Krieges sei sie aufgrund fehlender Organisation und Versorgung schlecht gewesen, inzwischen scheine Russland zumindest im Inland die Kontrolle über die Informationen wieder erlangt zu haben und sich organisatorisch besser aufzustellen. **Rick Larsen** (USA) erkundigte sich nach der Dauer, bis Russland sein Militär wieder auf den Stand vor Beginn der Invasion bringen könne. **Michael Kofman** antwortete, es müsse zwischen Materialbestand und Truppenstärke differenziert werden. Er schätze, dass es bis zu mehreren Jahren für die Wiederbeschaffung des Materials dauern könne. Allerdings könnten die Folgen der westlichen Sanktionen auf die russische Wirtschaft noch nicht beurteilt werden. Die Erholung bei der Truppenstärke sei deutlich schwieriger, da die meisten Soldaten Wehrpflichtige seien und sich der Mangel noch verstärken werde, wenn diese die Armee verließen. Russland habe seine besten Infanteristen verloren und es sei schwierig, hochqualifiziertes Personal zu ersetzen. **Zaida Cantera** (Spanien) zeigte sich besorgt über den Einsatz von Söldnern durch Russland, dessen Bereitschaft, biochemische Waffen einzusetzen sowie über die verfestigten russischen Stellungen im Donbass. **Kofman** erklärte, er gehe nicht von einem Einsatz chemischer Waffen aus, da das Militär aufgrund seiner Schlagkraft nicht von ihnen abhängig sei. **Lord Campbell** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach dem Verhältnis von Berufssoldaten und Wehrpflichtigen. **Radu Marian** (Moldavien) fragte, wie nachhaltig die russische Strategie zu bewerten sei. **Pierre Paul-Hus** (Kanada) erkundigte sich nach den Gründen für die Verluste an hochrangigen russischen Offizieren. **Kofman** erklärte, er habe keine Kenntnis von Attentaten auf russische Offiziere, die Verluste seien vielmehr auf die erhöhten Risiken für Offiziere durch die Nähe zur Front zurückzuführen. **Neal Dunn** (USA) erkundigte sich, warum eine Flugverbotszone über der Ukraine nicht möglich gewesen sei. **Kofman** antwortete, technisch sei dies möglich gewesen, es habe sich aber aufgrund des damit verbundenen direkten Eingriffs in das Kriegsgeschehen um eine Frage der politischen Dynamik gehandelt. **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) fragte, welche maritimen Komponenten zum Einsatz kämen. **Kofman** erklärte, die anfänglich amphibische Angriffsoperation sei unter anderem aufgrund technischer Probleme, schlechten Wetterbedingungen und der unterschätzten ukrainischen Schiffsabwehrfähigkeit gescheitert. **Utku Cakirozer** (Türkei) erkundigte sich, wie sich die militärische Streitkraft der Ukraine 2022 von der 2014 unterscheide und welche Faktoren die möglichen Veränderungen beeinflusst hätten. **Kofman** erklärte, Faktoren seien eine veränderte Struktur wie beispielsweise stärker regional organisierte Kommandos, ein umfangreiches Training, eine effektive Anwendung von Waffen und eine direkte Unterstützung durch den Westen. **Fikri Isik** (Türkei) fragte nach der Effektivität von Entscheidungsprozessen im russischen Militär. **Kofman** antwortete, dass durch zu viele Befehlshaber und „Task Forces“ untereinander keine gute Kommunikation bestehe. Viele Verantwortungsstrukturen könnten nicht nachvollzogen werden.

4. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Der Kampf der Ukraine für Freiheit und die Reaktion des Bündnisses und der Welt auf Russlands Krieg“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Rick Larsen (USA)

Rick Larsen führte aus, der militärische Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 habe den Lauf der modernen Weltgeschichte verändert, vergleichbar mit dem Fall der Berliner Mauer und den Anschlägen vom 11. September 2001. Dass auf europäischem Boden wieder ein konventioneller Krieg im großen Stil tobe, stelle eine tektonische Verschiebung im internationalen Geschehen dar, die die globale Sicherheitslandschaft grundlegend verändern werde. Die Ukraine stehe an vorderster Front der demokratischen Welt, die sich gegen einen revisionistisch motivierten Angriff autoritärer Mächte auf die von den Bündnisstaaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgebaute und unterstützte regelbasierte internationale Ordnung zur Wehr setze. Um den russischen Vormarsch zu stoppen, zahle die Ukraine einen sehr hohen Preis an Menschenleben und Material. Auch wenn die NATO keine Kriegspartei sei, hätten die Bündnismitglieder und ihre Partner sowohl ein geopolitisches Interesse als auch eine moralische Verpflichtung, die Ukraine bei ihrer Verteidigung zu unterstützen. Der Erfolg der Ukraine sei der Erfolg der gesamten freien Welt. Das Bündnis habe zudem die Pflicht, seine Mitglieder rückzuversichern und sein Abschreckungsdispositiv zu stärken. In diesem Zusammenhang habe sie bereits wichtige Schritte unternommen, unter anderem auf dem außerordentlichen NATO-Gipfel am 24. März 2022. Seit Langem setze sich die Versammlung für die Ukraine ein, unterstütze ihre Souveränität und euro-atlantische Integration. Sie fördere ferne interne Reformprozesse. Wiederholt habe sie die Regierungen der Bündnisstaaten eindringlich aufgefordert, die Ukraine in diplomatischer, wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Hinsicht noch stärker zu unterstützen. Der Ukraine gebühre aufgrund ihrer Tapferkeit und Opferbereitschaft ein herausragender Platz in der Familie demokratischer Nationen. Neben der moralischen Verpflichtung, die Ukraine zu unterstützen, müssten die freien Nationen auch ein deutliches Signal senden, dass militärische Eroberungen in der heutigen Welt nicht mehr möglich seien, ohne dass der Aggressor mit ernsthaften Konsequenzen rechnen müsse. Lasse man zu, dass Russland sich in diesem Krieg durchsetze, nähme die gesamte internationale politische und sicherheitspolitische Architektur Schaden. Die NATO werde sich erheblich anpassen müssen, habe zur gemeinsamen Zielsetzung zurückgefunden und ihr Bekenntnis zu einer gerechten Lastenverteilung bewiesen. Deutschlands historische Entscheidung, seine Verteidigungsausgaben erheblich zu erhöhen, sei dafür der beste Beweis.

Er begrüßte die Entscheidung, die bestehende Vornepräsenz zu erhöhen und sie über die gesamte Ostflanke zu erstrecken. Er forderte, die NATO solle darüber nachdenken, an die Stelle der Vornepräsenz das Konzept der Vorneverteidigung zu setzen. Die NATO sei fest entschlossen, sich nicht als Kriegspartei in diesen Krieg hineinziehen zu lassen, habe jedoch auch signalisiert, dass sich diese Haltung ändern würde, sollte Russland Massenvernichtungswaffen einsetzen. Die Allianz müsse über geheim gehaltene Pläne verfügen, in denen eindeutig festgelegt sei, wie sie auf den Einsatz chemischer Waffen oder taktischer Atomwaffen durch Russland reagieren würde. Sie dürfe keinen Zweifel daran lassen, dass ein derart unverantwortliches Vorgehen verheerende Folgen für Russland habe. Der Krieg sei ein globales Phänomen, das aus der Perspektive des globalen Machtwettbewerbs betrachtet werden müsse. Andere globale Akteure wie China und Indien würden ihre Strategien in erheblichem Maße vom Ausgang des russisch-ukrainischen Krieges abhängig machen. Die vielschichtigen Auswirkungen der russischen Aggression würden sowohl die regionale als auch die globale Politik noch über Jahre hinweg prägen. Sicher sei, dass die strategische Landschaft des 21. Jahrhunderts durch den Wettbewerb zwischen den USA und China geprägt werde. Peking stelle sich auf der rhetorischen Ebene auf die Seite Russlands und schließe sich dessen Narrativ an, das die Verantwortung für den Krieg den USA und der NATO zuschreibe. In der Praxis jedoch unterstütze China weder Russlands isolierte Wirtschaft noch sein Militär in nennenswertem Umfang und habe sein Festhalten am Grundsatz der territorialen Souveränität bekräftigt. China habe seine Bereitschaft signalisiert, als Vermittler zwischen Kiew und Moskau aufzutreten und der Ukraine humanitäre Hilfe angeboten. Einerseits stelle China die derzeitige globale Ordnung infrage und habe keinerlei Interesse an einer Niederlage Russlands und einem Sieg der Ukraine und ihrer westlichen Verbündeten, andererseits sei Peking durchaus an der globalen Stabilität interessiert. Die Intensivierung der Kontakte der NATO zu gleichgesinnten Partnern im indopazifischen Raum sei äußerst wichtig und von großer strategischer Bedeutung. Die NATO müsse solidarisch und ein Leuchtturm demokratischer Werte bleiben. Die NATO und die Ukraine stünden auf der richtigen Seite der Geschichte. Möglicherweise müssten sie sich auf einen langen Kampf in der Ukraine einstellen. **Rick Larsen** zeigte sich davon überzeugt, dass die Ukraine mit der militärischen, wirtschaftlichen und technologischen Schlagkraft der euro-atlantischen Staatengemeinschaft im Rücken nur gewinnen könne. Er forderte eine verstärkte und fortgesetzte Lieferung der wichtigsten Waffensysteme an die Ukraine, insbesondere von Flugabwehrwaffen, Artilleriewaffen, Munitions-, Raketenabwehr- und Schiffsabwehrsystemen. Des Weiteren forderte er eine drastische Beschleunigung des Ausstiegs aus den russischen Öl-, Gas-, Kohle- und Uranimporten, die Einführung von Solida-

ritätsmechanismen für die am stärksten betroffenen NATO- und EU-Mitgliedstaaten, weitere Sanktionen, einschließlich des vollständigen Ausschlusses Russlands aus dem SWIFT-System sowie die Aufstockung und fortlaufende Gewährung finanzieller, wirtschaftlicher und materieller Unterstützung für die Ukraine und die ukrainischen Flüchtlinge. Schätzungen zufolge beliefen sich die Kosten für den Wiederaufbau angesichts der umfangreichen Zerstörung von Wohngebäuden, Straßen, Flughäfen, Häfen, Bahnanlagen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen im ganzen Land auf über eine halbe Milliarde Dollar. Benötigt werde eine Art „Marshall-Plan“ für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg, gegebenenfalls auch unter Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte. Er forderte die Unterstützung bei der Untersuchung der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und die Förderung der internationalen Bemühungen, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Auch wenn die Ukraine im Informationskrieg weltweit als Sieger hervorgehe, müssten die Anstrengungen zur Bekämpfung der russischen Propaganda und Desinformation besser koordiniert werden, unter anderem durch die Schaffung und Unterstützung von mehr russischsprachigen Online-Quellen, die russischsprachige Menschen innerhalb und außerhalb Russlands mit objektiven Informationen versorgen. Die Mitglieder sollten ihr anhaltendes Eintreten für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine bekräftigen und an der Politik der Nichtanerkennung völkerrechtswidriger Annexionen festzuhalten. Die Politik der offenen Tür der NATO und der Grundsatz, dass Drittländer kein Vetorecht gegen eine NATO-Mitgliedschaft hätten sowie die Anerkennung des souveränen Rechts der Ukraine, über den Beitritt zu Bündnissen und sonstigen Sicherheitskonzepten frei zu bestimmen, sollten bekräftigt werden. An der Position, dass das derzeitige Regime von Belarus für seine Beteiligung an der russischen Aggression gegen die Ukraine zur Rechenschaft zu ziehen sei, solle festgehalten werden.

5. Beratung des Berichts „Russlands Invasion der Ukraine: Konsequenzen für die kollektive Verteidigung der Bündnisstaaten und Anforderungen an das neue strategische Konzept“, vorgelegt von dem Berichterstatter Cédric Perrin (Frankreich)

Cédric Perrin erklärte, der rechtswidrige und durch nichts zu rechtfertigende Überfall Russlands auf die Ukraine beweise, dass Russland die Sicherheit und Stabilität Europas bedrohe und aktiv sabotiere. Seit dem Ende des Kalten Krieges hätten sich die NATO-Mitgliedstaaten drei Leitgrundsätzen verschrieben, um mühsam das aufzubauen, was viele für eine dauerhafte Friedensarchitektur in Europa gehalten hätten. Diese Grundsätze bestünden in der Überzeugung, dass die Sicherheit aller europäischen Staaten von gleicher Bedeutung sei und zwischen ihrer Sicherheit eine gegenseitige Abhängigkeit bestehe. Alle Staaten hätten das souveräne Recht, ihre sicherheitspolitische Ausrichtung frei zu bestimmen. Keine europäische Macht betrachte ferner irgendeinen Teil des Kontinents als ihren Einflussbereich. Das Vorgehen Russlands untergrabe und konterkariere alle drei Grundüberzeugungen. Russlands Krieg verstoße gegen die nach dem Zweiten Weltkrieg in der UN-Charta verankerten Grundsätze für die Anwendung von Gewalt, nach denen es untersagt sei, Gewalt gegen einen souveränen Staat anzuwenden, sofern dies nicht der Selbstverteidigung diene und nicht durch einen Beschluss des Sicherheitsrates gedeckt sei. Angesichts der Tatsache, dass Russland das Völkerrecht traditionell durch das Prisma der UN-Charta betrachte und sehr eng ausgelegt habe, sei sein Vorgehen umso skandalöser. Russlands offensichtliche und vorsätzliche Missachtung des humanitären Völkerrechts, die sich in den dokumentierten summarischen Hinrichtungen, Folterungen und Vergewaltigungen von Zivilpersonen manifestiere, habe den Bündnismitgliedern auf verstörende Weise die hässlichen Realitäten vor Augen geführt, die mit der Herausforderung, die Russland heute darstelle, verbunden seien. Vor dem Hintergrund dieses fundamentalen Wandels der europäischen Sicherheitsordnung müssten sich die Bündnispartner auf eine neue Ära erhöhter Spannungen einstellen, die durch Russlands Versuche, den euro-atlantischen Frieden und Wohlstand durch eine Reihe konventioneller und unkonventioneller Maßnahmen weiter zu stören, noch verschärft würden. Neben der Herausforderung durch Russland habe eine Ära globalen strategischen Wettbewerbs mit „durchsetzungswilligen und autoritären Mächten“ begonnen. Neue und alte Bedrohungen für die Sicherheit bestünden fort, so beispielsweise der Aufstieg Chinas, der Terrorismus und manipulative Eingriffe in Cyber-, Hybrid-, Weltraum- und Informationssysteme und würden durch das Aufkommen neuer, disruptiver Technologien noch verstärkt werden. Die schnellen Entwicklungen bei den Massenvernichtungswaffen, insbesondere den Atomwaffen, würden vor dem Hintergrund der parallelen Aushöhlung der langjährigen Rüstungskontrollarchitektur noch gefährlicher. Diese fänden vor dem Hintergrund des Klimawandels statt, den die Bündnispartner als „Bedrohungsmultiplikator“ für die Sicherheitsbelange des Bündnisses erkannt hätten. Das neue strategische Konzept biete Gelegenheit, die gemeinsame Zielsetzung des Bündnisses zum Ausdruck zu bringen, die in der Verteidigung eines gemeinsamen Wertekanons und gemeinsamer Grundsätze bestehe, welche in einer neuen Ära eskalierender Bedrohungen und strategischen Wettbewerbs auf dem Spiel stünden. Zu Beginn der Invasion der Ukraine habe Putin angegeben, eines seiner wichtigsten Motive sei es, zu verhindern, dass die Ukraine NATO-Mitglied werde. Damit wolle er auch das Bündnis in Schach halten. Indessen

sehe es eher danach aus, als schaffe er damit genau das Bündnis, das er am meisten fürchte. Russlands rechtswidrige und durch nichts zu rechtfertigende Invasion der Ukraine habe die Bündnispartner in ihrer gemeinsamen Sache geeint, die nicht nur in der Unterstützung der Ukraine bei der Wahrnehmung ihres legitimen Rechts auf Selbstverteidigung bestehe, sondern in der Gewährleistung der Verteidigung ihrer eigenen Hoheitsgebiete.

6. Beratung des Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Die terroristische Bedrohung im Wandel: Anpassung der Reaktion der Verbündeten“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jean-Charles Larsonneur (Frankreich)

Jean-Charles Larsonneur führte aus, dass, auch wenn Russlands aggressive Außenpolitik die größte Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in den Bündnisstaaten darstelle, der Terrorismus die größte asymmetrische Bedrohung bleibe. Seit den Terroranschlägen von Al-Qaida auf die USA am 11. September 2001 stelle der Terrorismus eine zentrale Herausforderung für die Verbündeten dar. Nach der bislang einzigen Ausrufung des kollektiven Verteidigungsfalls der NATO nach Artikel 5 des Vertrages von Washington hätten es die USA vorgezogen, auf eine ad-hoc-Koalition zurückzugreifen. Ab 2003 habe sich die NATO in Afghanistan engagiert und zwischen 2014 und 2021 eine Ausbildungs- und Beratungsmission für afghanische Sicherheitskräfte durchgeführt. Damit habe man sicherstellen können, dass in den letzten beiden Jahrzehnten kein neuer terroristischer Anschlag gegen Verbündete von Afghanistan ausgegangen sei. Die terroristische Bedrohung habe sich allerdings erheblich, sowohl örtlich als auch taktisch gewandelt, weshalb sie nach wie vor eine ernsthafte Gefahr für die Interessen und die Bevölkerungen der NATO-Staaten darstelle. Das US-Außenministerium benenne mehr als vier Mal so viele salafistisch-dschihadistische Terrorgruppen wie noch 2001. Nach Angaben des Global Terrorism Index seien die Todesfälle durch Terrorismus seit ihrem Höhepunkt 2015 um ein Drittel zurückgegangen, dafür habe die Zahl der Anschläge um nahezu ein Fünftel zugenommen. Nachdem die großen Kampfhandlungen in Syrien, im Irak und Afghanistan zurückgegangen seien, konzentrierten sich der Islamische Staat und ihm angeschlossene Gruppierungen hauptsächlich darauf, die instabile Lage in den subsaharischen Ländern Afrikas auszunutzen. Aktuell erscheine die Sahelzone als das Epizentrum des globalen Terrorismusproblem. Experten warnten, dass sich die Gewalt nach Süden in Richtung der Küsten ausweiten könne. Diese Gruppen hätten in ihren Operationsgebieten ein erhebliches Maß an Tod und Zerstörung verursacht, darunter auch zahlreiche Opfer unter Zivilisten wie auch bei den örtlichen und internationalen Streitkräften, die gegen sie im Einsatz seien. Der 2019 aufgelegte NATO-Aktionsplan zeige, wie sich die kollektive Fähigkeit der Verbündeten, die terroristische Bedrohung abzuschwächen und zu unterbinden, an den drei Kernaufgaben der NATO orientiere, nämlich gemeinsame Nutzung von Nachrichtenwesen, Überwachung und Aufklärung (ISR) und Stärkung dieses Bereichs, Operationen und Missionen sowie Kapazitätsaufbau mit Verbündeten und Partnern. Ein Kernelement davon sei die Einrichtung der Terrorismus-Informationssammelstelle (Terrorism Intelligence Cell) gewesen, durch die die Verbündeten das vormals aufwändige Verfahren umgehen könnten und somit Erkenntnisse und Informationen schnell genug sammeln und unter den Verbündeten und Partnern verteilen könnten. Die Parlamentarier der NATO-Mitgliedstaaten müssten die terroristische Bedrohung weiter genau beobachten und überlegen, welche Mittel und Wege ihnen zur Verfügung stünden, um die Instrumente ihrer jeweiligen Regierungen so einzusetzen, dass die Handlungsfähigkeit terroristischer Gruppen weiter gestört, geschwächt oder unterbunden werde, wobei jedoch die innere Sicherheit nach wie vor in der Verantwortung der einzelnen Staaten läge. Ein zentrales Element dieser Politik müsse die engere Zusammenarbeit mit den NATO-Verbündeten und ihren Partnern sein.

V. Ausschuss für Demokratie und Sicherheit

Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit tagte am Sonntag, den 29. Mai 2022 unter dem Vorsitz von Angel Tilvar (Rumänien). Schwerpunkte der Beratungen waren die litauische Energiepolitik, die Auswirkungen des Klimawandels auf die zivile Sicherheit sowie die menschenrechtliche Dimension des Krieges in der Ukraine.

1. Vortrag des litauischen Energieministers Dainius Kreivys zum Thema „Energiesicherheit und Resilienz: Eine litauische Perspektive“

Dainius Kreivys erklärte, Litauen sei vollständig unabhängig von russischen Öl- und Gaslieferungen, verfüge über ein eigenes Ölterminal (Būtingė) und beziehe weitere Energiequellen aus Ländern wie Polen, Schweden, Lettland, Indien sowie aus afrikanischen Ländern. Litauen stelle auf erneuerbare Energien um und plane, 50 Prozent erneuerbare Energie bis 2025 und 93 Prozent bis 2029 zu verwenden. Langfristig solle Litauen vollständig unabhängig von Energieimporten und damit Selbstversorger mit der Möglichkeit, Energie zu exportieren, werden. **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, ob Litauen die russische Enklave Kaliningrad nutzen

würde, um mit steigenden Energiepreisen Druck auf Russland auszuüben. **Dainius Kreivys** erwiderte, Kaliningrad sei unabhängig von litauischer Energieversorgung. Ein ukrainischer Delegierter erklärte, indem Russland gezielt ukrainische Anlagen zur Energieversorgung zerstören und durch steigende Preise Druck auf den Weltmarkt ausüben würde, setze es Energie verstärkt als Waffe ein. Dainius Kreivys erläuterte, obwohl die russischen Gasexporte sich halbiert hätten, hätten sich die Gewinne verdoppelt. Auf Nachfrage von **Cheryl Gallant** (Kanada) ob es nicht sinnvoll wäre, in moderne Atomenergie zu investieren, statt fossile Energie einzukaufen, antwortete **Dainius Kreivys**, nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima in 2011 habe sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Atomenergie ausgesprochen. Litauen sei heute der größte Käufer von Windrädern.

2. Beratung des Berichtsentwurfs „Den Klimawandel verstehen, sich an ihn anpassen und seine Auswirkungen auf die zivile Sicherheit der Verbündeten begrenzen“, vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Linda Sánchez (USA)

Linda Sánchez berichtete über die Folgen des Klimawandels, der viele Tote, wirtschaftliche Schäden, mangelnde Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser verursache und eine große Migrationswelle auslösen werde. Schätzungsweise 30 Millionen Menschen seien aufgrund des Klimawandels auf der Flucht, da immer mehr Regionen infolge der klimatischen Veränderungen unbewohnbar würden. Der Klimawandel verstärke die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Rassen und Gesellschaftsschichten, da insbesondere marginalisierte Gruppen betroffen wären. Mit dem Pariser Klima-Abkommen von 2015 sei ein wichtiger Schritt erreicht worden, es müssten jedoch noch stärkere Maßnahmen ergriffen werden. Es sei nun die letzte Chance, die Katastrophe zu verhindern und das Thema müsse in alle Bereiche der NATO integriert werden. **Rodrigue Demeuse** (Belgien) schlug vor, statt „Klimamigranten“ den Begriff der „Klimaflüchtlinge“ zu verwenden, da der Begriff der Flucht die Unfreiwilligkeit besser verdeutliche. **Linda Sánchez** stimmte dem Vorschlag zu.

3. Diskussion mit Irene Fellin, Sonderbeauftragte des NATO-Generalsekretärs für Frauen, Frieden und Sicherheit zum Thema „Der Ansatz der NATO für die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit: Erkundung des Zusammenhangs zwischen Gender, Klimawandel und Resilienz“

Irene Fellin betonte, etwa 80 Prozent der Vertriebenen seien Frauen, die verstärkt von Hunger, Armut und sexualisierter Gewalt betroffen seien. Sie erklärte, die Sterberate bei Frauen liege deutlich höher und in der Regel seien sie nicht Mitglied in der Regierung, sodass ihre Perspektive nicht genug Berücksichtigung fände. Die gesamte Bevölkerung müsse wiedergespiegelt werden und nicht lediglich die Hälfte. Sie schlug die Einrichtung von „Safe Spaces“ vor, wo Frauen sich in einem ersten Schritt unsichtbar und ungestört und ohne Risiko austauschen könnten. **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) erkundigte sich, wie gegen Desinformation und Verschwörungstheorien vorgegangen werden könne. **Irene Fellin** legte dar, dass es zum einen die Aufgabe der Schulen sei, zum anderen die Bevölkerung in Bezug auf falsche Tatsachenbehauptungen sensibilisiert werden müsse. Präsident **Gerald E. Connolly** ergänzte, um die Bevölkerung gerechter zu repräsentieren, müsse auch in der Versammlung der Frauenanteil ansteigen. **Merle Spellerberg** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragte, wie ein übergreifender Ansatz zwischen Feminismus und Außenpolitik ausgestaltet sein und was gegen intersektionelle Diskriminierung getan werden könne. **Irene Fellin** legte dar, der erste Schritt sei, Visionen auszuarbeiten und Ziele zu definieren. Nur was kritisch eingeschätzt werde, könne auch verbessert werden. Die Bekämpfung geschlechtlicher Diskriminierung dürfe nicht eine Nebensache sein, zudem sei auch der Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse, Wohlstand oder Sexualität von Bedeutung.

4. Diskussion mit Olha Vitaliyivna Stefanishyna, Vize-Ministerpräsidentin für die europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine zum Thema „Russlands Verstöße gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Recht bei seiner unprovokierten und brutalen Invasion der Ukraine“

Olha Vitaliyivna Stefanishyna erklärte, anders als von Russland geplant habe Russland den Krieg gegen die Ukraine nicht mit einem Blitzkrieg gewonnen. Der Krieg sei ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Es werde darüber diskutiert, ob die russischen Verbrechen als Völkermord einzustufen seien. Beweise seien erhoben und Zeugen befragt worden. Die Ermittlungsergebnisse würden der Gerichtsbarkeit zugeführt, im Augenblick sei die Terminologie aber noch nicht bestätigt. Von einem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen sei betont worden, dass sexuelle Gewalt Teil der russischen Strategie sei, um die ukrainische Bevölkerung zu demoralisieren. Folter, Exekutionen mit verbundenen Händen und Deportationen seien festgestellt worden. Präsident **Connolly** fragte, ob neben Kriegsverbrechen weitere Verbrechen begangen würden, wie zum Beispiel Menschen- und Dro-

genhandel, Waffenschmuggel oder die Dokumentenfälschung. **Olha Vitaliyivna Stefanishyna** betonte, das organisierte Verbrechen habe zugenommen, weswegen versucht werde, die Zusammenarbeit von Zivil- und Strafrecht zu stärken, unter anderem mit Hilfe der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust). Auf Nachfrage von **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich), wie die Dokumentation des Völkermords sichergestellt werde, antwortete **Stefanishyna**, die Verbrechen würden sorgfältig dokumentiert und es seien bereits 15.000 Strafverfahren eingeleitet worden. **Julie Dzerowicz** (Kanada) erkundigte sich, inwiefern Soldaten von anderen Nationen an der Seite Russlands kämpfen würden. **Stefanishyna** berichtete von Soldaten aus Syrien und anderen arabischen Ländern, von privaten Milizen und post-sowjetischen Truppen. Die Frage, ob an den Grenzen vermehrt Menschen- und Sexhandel festzustellen sei, verneinte sie und erklärte, dies sei zumindest kein systematisches Problem.

5. Beratung des Berichtsentwurfs „Stärkung des Schutzes kritischer Infrastrukturen vor Cyberbedrohungen“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Joëlle Garriaud-Maylam erklärte, russische Cyberangriffe auf ukrainische Unternehmen und öffentliche Dienste vor und während des Angriffs hätten die ernste, umfassende und vielschichtige Bedrohung für die kritischen Infrastrukturen im Cyberraum deutlich gemacht. Konsens sei, dass sich völkerrechtliche Regelungen im Cyberraum zum Schutz kritischer Infrastrukturen vor Cyberangriffen herausgebildet hätten, jedoch bestünden noch viele unstrittene Fragen und der vorliegende Rechtsrahmen sei nach wie vor unzureichend. Kriminelle Hacker fühlten sich daher ermutigt und nicht abgeschreckt. Die Digitalisierung ermögliche die immer stärkere Vernetzung von Gesellschaften und führe zu mehr Innovationen und Effizienzgewinnen, machten sie jedoch auch anfälliger für Cyberangriffe. Um dieser Bedrohung zu begegnen, hätten die NATO-Mitglieder seit den 2000er Jahren schrittweise Strategien und Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz ihrer kritischen Infrastrukturen eingeführt. Die Cybersicherheit kritischer Versorgungseinrichtungen sei zwar in erster Linie Sache der Mitgliedstaaten, doch trage auch die NATO zu diesen Bemühungen bei. In ihrer Erklärung zum Brüsseler NATO-Gipfel im Juni 2021 stellten die Staats- und Regierungschefs in ihrem Communiqué fest, dass „Cyberbedrohung für die Sicherheit des Bündnisses komplex, zerstörerisch und Zwangsgewalt sei und immer häufiger auftrete“. Auf nationaler Ebene müssten daher die kritischen Infrastrukturen stärker geschützt und ein umfassendes Konzept für Cybersicherheit verabschiedet werden.

6. Beratung des Berichtsentwurfs „Handeln zur Bewahrung humanitären Raums: Welche Rolle kommt den Verbündeten der NATO zu?“, vorgelegt von der Berichterstatterin Anissa Khedher (Frankreich)

Anissa Khedher berichtete, 108 Mitarbeitende der humanitären Hilfe seien 2020 getötet, 242 verletzt, 125 entführt, zudem viele eingeschüchert, schikaniert, angegriffen oder inhaftiert worden. Gleichzeitig sei der Bedarf an humanitärer Hilfe nie so hoch gewesen wie heute, da die Zahl der Konflikte zunehme, ebenso wie deren Komplexität und Länge. Bei humanitären Maßnahmen gehe es darum, sich der Bedürfnisse der Zivilbevölkerung sowohl in Katastrophen- als auch in Konfliktsituationen anzunehmen. Die Bündnisstaaten und die NATO müssten zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit der humanitären Akteure zu erhöhen und Hindernisse zu beseitigen, die es ihnen schwer machten, bedürftige Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und den Frieden zu fördern. Die NATO engagiere sich bereits in diesem Bereich und habe ihre Vielseitigkeit und ihre Fähigkeit zur raschen Mobilisierung von Ressourcen während der Pandemie unter Beweis gestellt. Für die Umsetzung dieser Ziele müsse in den Militärdoktrinen auf nationaler und auf NATO-Ebene die Erhaltung des humanitären Raums stärker hervorgehoben, die Kapazitäten im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit ausgebaut und humanitäre Erwägungen stärker in ihre Einsatzregeln einbezogen werden. Des Weiteren müssten das Völkerrecht, die humanitären Grundsätze und die zivil-militärische Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung besonders betont und mit anderen internationalen und humanitären Organisationen enger zusammengearbeitet werden.

VI. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 28. Mai 2022 unter dem Vorsitz von Philippe Folliot (Frankreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO, die strategischen und wirtschaftlichen Herausforderungen durch Korruption, die Sicherstellung kritischer Industrien und Lieferketten sowie die Situation im westlichen Balkan.

1. Diskussion mit dem litauischen Finanzminister Gintarė Skaistė zum Thema „Die wirtschaftlichen Folgen des von Russland provozierten Kriegs für Litauen und für die Weltwirtschaft“

Gintarė Skaistė erklärte, Russland habe sich bereits vor dem Angriff am 24. Februar 2022 auf den Krieg vorbereitet, indem es eine Verknappung der Gasvorräte erzeugt habe, um wirtschaftlichen Druck ausüben zu können. Der Krieg wirke sich auf die Energie- und Nahrungsmittelpreise aus und führe zu Verwerfungen in internationalen Handelsbeziehungen. In Litauen seien die Auswirkungen vergleichsweise mild, was damit zusammenhänge, dass das Land weder Strom noch Gas aus Russland beziehe und somit frei von russischen Entscheidungen sei. Als Preis für diese Unabhängigkeit seien die Energiepreise in Litauen allerdings sehr hoch, weshalb das Land alles daran setze, bis 2030 seinen Energiebedarf zu 93 Prozent durch erneuerbare Energie zu decken. **Ivans Klementevs** (Lettland) erkundigte sich, warum man sich wirtschaftlich nicht besser auf den Krieg vorbereitet habe. **Gintarė Skaistė** erklärte, ein schneller Wechsel zu erneuerbaren Energien sei nicht möglich. Der Zusammenhalt in der NATO und der EU sei jedoch sehr gut, Beschlüsse würden rasch gefasst und die Energiewende werde mit großen Finanzmitteln gefördert. **Philippe Folliot** (Frankreich) fragte, ob die Atomkraft eine grüne Energiequelle sei, die möglicherweise eine Alternative zu fossilen Energieträgern darstelle. **Gintarė Skaistė** informierte, die Atomenergie werde für den Übergang nicht kategorisch ausgeschlossen, geplant sei aber eine ökologische Energiewende, die langfristig ohne Atomenergie umzusetzen sei. Die Frage von **Michał Szczerba** (Polen), ob die Sanktionen gegenüber Russland greifen würden, bejahte er. Allerdings seien nicht alle Sanktionen unmittelbar zu spüren und würden Russland erst mittel- oder langfristig treffen. Das effektivste Mittel sei das Ende von Öl- und Gasimporten. Auf die Frage, wer den Wiederaufbau der Ukraine finanzieren müsse, antwortete er, dass Russland zu Reparationszahlungen verpflichtet sei. Hierfür seien auch eingefrorene russische Vermögenswerte heranzuziehen.

2. Vortrag des ersten stellvertretenden Wirtschaftsminister der Ukraine, Dennis Kudin, zum Thema „Wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO: Auf dem Weg zu einem Plan für den Wiederaufbau und Entwicklung in der Nachkriegszeit“

Dennis Kudin, der per Video zugeschaltet war, erklärte, die strategische Partnerschaft mit der NATO sei ein wesentlicher Bestandteil der Abwehr gegen den russischen Angriff. Die EU-Mitgliedschaft wäre ein wichtiger Schritt, insbesondere auch hinsichtlich des Wiederaufbaus nach dem Krieg. Die Zerstörung der Infrastruktur werde zu einem Rückgang des Produktionsvolumens von bis zu 50 Prozent führen, die russische Blockade wichtiger Seehäfen verhindere wichtige Handelsbeziehungen, die die Versorgung mit Nahrungsmitteln erschwere. Seit den ersten Tagen des Krieges habe die Regierung die zentrale Beschaffung von Lebensmitteln übernommen und garantiere die Preise für wesentliche Rohstoffe und Grundnahrungsmittel wie beispielsweise Mehl, Brot und Fleisch. Aufgrund des verhängten Kriegsrechts werde der Wechselkurs zum Dollar gehalten, was die Wirtschaft erheblich stabilisiert habe.

Auf die Frage von Präsident **Gerald E. Connolly**, ob die Blockade der Häfen durch Transporte über den Landweg umgangen werden könne, antwortete er, der Landweg sei zum einen länger und teurer, zudem werde die geplante Kooperation mit Polen wegen der unterschiedlichen Gleisspurweiten erschwert. Auf die Frage nach der langfristigen Energiestrategie legte er dar, die Ukraine sei das erste europäische Land, das einen tatsächlichen Importstopp von Öl und Gas gegenüber Russland durchgesetzt habe. Noch seien ausreichende Reserven vorhanden und für den Übergang werde Öl aus Kroatien, Polen und Saudi-Arabien bezogen. Angestrebt sei die vollständige Unabhängigkeit, unter anderem durch den Aufbau eigener Ö Raffinerien. Präsident **Gerald E. Connolly** erkundigte sich nach den Gefahren, die von vorübergehend durch russische Streitkräfte besetzten Atomkraftwerken ausgingen. **Dennis Kudin** erklärte, die Lage sei aktuell stabil und es bestehe keine Gefahr.

3. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Strategische und wirtschaftliche Herausforderungen durch Korruption“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Harriett Baldwin (Vereinigtes Königreich)

Harriett Baldwin erklärte, Korruption bremse das wirtschaftliche Potential eines Landes und schwäche das Militär durch die Umleitung von Ressourcen. Staaten würden ausgehöhlt und staatliche Mittel für eigene Interessen verwendet. Die NATO habe den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Korruption erkannt und erstelle Integritätsprogramme, die Mitgliedstaaten und Partnerländer dazu bringen sollten, das eigene Militär zu kontrollieren und die Werte des Bündnisses zu wahren. Benötigt würden umfassende Reformen, bei denen die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie eine freie Presse ohne staatliche Zensur eine tragende Rolle spielten. Sie forderte harte Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption. **Alun Cairns** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den wichtigsten Faktoren bei der Korruptionsbekämpfung. Harriett Baldwin legte dar, die effektivsten Maßnahmen seien Transparenz und eine freie Presse.

4. Beratung des Berichtsentwurfs „Der westliche Balkan: Russlands Krieg gegen die Ukraine und die andauernden Herausforderungen in der Region“, vorgelegt von dem Berichterstatter Michal Szczerba (Polen)

Michal Szczerba erklärte, die Länder des westlichen Balkans hätten Fortschritte beim wirtschaftlichen und politischen Übergang erzielt. Die Region stehe aber weiterhin großen Herausforderungen für Frieden und Sicherheit, Stabilität, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung gegenüber. Die russische Invasion in die Ukraine berge die Gefahr einer weiteren Polarisierung der immer noch instabilen Region. Nachdem Putins Regime sein wahres Gesicht gezeigt habe, seien demagogische, antiwestliche Positionen schwieriger zu vertreten. Es sei wichtig, dass die transatlantische Völkergemeinschaft weiterhin den Weg weise, der zu regionaler Stabilität, Versöhnung, Demokratie und wirtschaftlicher Integration führe. Die NATO solle erwägen, ihre militärische Präsenz auf dem westlichen Balkan zu verstärken, um in einer Zeit äußerster internationaler Spannungen Aggression und Gewalt durch Abschreckung zu verhindern.

Patricia Mirallès (Frankreich) erklärte, es sei von großer Bedeutung, in Europa eine Einigung im Umgang mit den Ländern des westlichen Balkans zu finden, den Zugang zum Arbeitsmarkt sicherzustellen sowie die Jugend zu stärken, damit diese eine wirtschaftliche und soziale Zukunft fände.

5. Diskussion mit Wladimir Milow, russischer Oppositionspolitiker und Berater von Alexej Nawalny in wirtschaftlichen und internationalen Angelegenheiten, zum Thema „Auswirkungen des Krieges auf die unmittelbaren und langfristigen wirtschaftlichen Aussichten Russlands“.

Wladimir Milow berichtete, die russische Bevölkerung lebe in einer Blase der Propaganda und Zensur. Die Informationen über die Geschehnisse in der Ukraine würden nur sehr langsam durchsickern, sodass sich auch die öffentliche Meinung erst langsam ändere. Wenngleich laut den russischen Medien die Mehrheit der Bevölkerung den Krieg unterstütze, sinke die tatsächliche Zustimmung kontinuierlich. Ein Großteil der Menschen habe Angst, sich kritisch zu äußern. Die Kritik finde daher nicht in der Öffentlichkeit, sondern privat und in sozialen Medien statt. Besonders erfolgreich seien dabei YouTube-Kanäle, deren Zuschauerzahl stark gestiegen sei. Die Sanktionen seien wirksam, deren Folgen würden sich aber wegen noch laufender Verträge zeitlich verzögert zeigen. Es sei wichtig, die Sanktionen beizubehalten, da nur so eine Umkehr verursacht werden könne. Präsident **Gerald E. Connolly** merkte an, es solle nicht von „Russland“ gesprochen werden, da es starke Unterschiede zwischen der ländlichen Bevölkerung, die den Krieg unterstütze und der gebildeten Stadtbevölkerung, die sich gegen den Krieg ausspreche, gebe. Ein Abgeordneter aus der Ukraine ergänzte, die Unterstützung der russischen Bevölkerung für Putin gehe in der Tat zurück und es gebe immer mehr Menschen, die gegen den Krieg seien. Allerdings fände dieser Widerstand nur im Verborgenen statt. Auf die Frage, welche Staaten versuchten, Gewinn aus dem Krieg zu ziehen, antwortete **Wladimir Milow**, dass beispielsweise Indien gegenwärtig zu günstigen Konditionen Gas und Öl von Russland einkaufe und so als Nutznießer vom Krieg profitiere.

6. Beratung des Berichtsentwurfs „Strategische Herausforderungen beim Handel: Sicherstellung kritischer Industrien und Lieferketten“, vorgelegt vom Berichterstatter Faik Oztrak (Türkei).

Faik Oztrak erklärte, durch den Krieg würden die Lieferketten belastet, deren Folgen in Europa stärker als in den USA zu spüren seien. Die COVID-19-Pandemie habe Fragen über die Handelsordnung aufgeworfen, als die Schließung von einzelnen Häfen die Handelsverbindungen erschüttert und durch den Wegfall eines Gliedes Chaos ausgelöst worden sei. Der Krieg in der Ukraine habe zudem ein ungeahntes Sicherheitsrisiko im Falle hoher Abhängigkeit von russischen Rohstoffen offenbart. Präsident **Gerald E. Connolly** ergänzte, dass der Unfall eines einzelnen Schiffes im Suezkanal Auswirkungen für mehrere Wochen gehabt habe. Es sei nicht langfristig genug gedacht worden, sodass Abhängigkeiten sich jetzt als Nachteil herausstellen, insbesondere wenn der Weltmarkt in bestimmten Branchen bis zu 85 Prozent von China kontrolliert werde. Auf Nachfrage **Victor Ruiz** (Spanien), wie gesetzlich auf Notstandssituationen bei Naturkatastrophen mit nationaler Tragweite reagiert werden könne, antwortete **Faik Oztrak**, dass Anpassungen der nationalen Gesetze an mögliche Naturkatastrophen sinnvoll seien.

VII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Samstag, 28. Mai 2022, unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Kevan Jones (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die Steigerung der Innovationskraft innerhalb der Allianz, notwendige Anpassungsschritte auf Grund des Klimawandels sowie Mittel der zukünftigen Kriegsführung. In den Diskussionen wurden Bezüge zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine herausgestellt.

1. Vortrag von Jovita Neliupsiene, Stellvertretende Ministerin für Wirtschaft und Innovation der Republik Litauen, zum Thema „Verbesserung der litauischen Innovationsprozesse“.

Jovita Neliupsiene erläuterte, Litauen beheimate viele Start-ups im Bereich der Biowissenschaften sowie des Cyberraums. In den letzten Jahren habe Litauen viel Wert auf die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit des Energienetzes gelegt und in die Cybersicherheit investiert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe zu einem Anstieg an ausländischen Investitionen in den Verteidigungssektor geführt und nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung hätten sich auch zahlreiche Firmen aus Belarus ansiedeln können. Mittlerweile hätten über 5.000 ukrainische Geflüchtete eine Arbeit in Litauen gefunden, meist noch in Positionen, die keine Ausbildung erforderten.

2. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Stärkung der W&T-Resilienz des Bündnisses“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Nusrat Ghani (Vereinigtes Königreich), präsentiert durch Sven Clement (Luxemburg).

Sven Clement betonte, bislang sei die NATO als innovationsfreudiger Ort erfolgreich und habe über einen technologischen Vorsprung verfügt. Die Geschwindigkeit der Innovationen habe jedoch getrieben durch private Firmen und die Robotik sowie die Datenanalyse und die Sensorik derart Fahrt aufgenommen, dass ein rein staatliches Handeln nicht mehr ausreichend sei, um die Innovationsdynamik aufrecht erhalten zu können. Autokratische Länder wie Russland und China erzielten Fortschritte in allen Bereichen, der Wettkampf um seltene Rohstoffe verschärfe die Situation genauso wie die von autokratischen Staaten betriebene wirtschaftliche und technologische Spionage. Schließlich würden diese Staaten auch die internationalen Regeln untergraben. Daher sei es wichtig, gerade die Jugend für die Naturwissenschaften, das Ingenieurwesen sowie die Mathematik zu begeistern. Mit dem „Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic“ (DIANA), stelle die Allianz mehr Geld für die Forschung in den Bereichen Cybersicherheit sowie maritime und satellitengestützte Technologien zur Verfügung. Zudem schaffe die Allianz mehr Bewusstsein für Abhängigkeiten, was insbesondere Lieferketten innerhalb der Verteidigungsindustrie angehe und entwickle Normen und Standards für aufkommende disruptive Technologien.

In der Diskussion fragte **Dominique de Legge** (Frankreich), ob der protektionistische Umgang mit Technologien die eigenen Firmen nicht eher schwächen als schützen würde. **Sven Clement** entgegnete, dass insbesondere im Umgang mit China strengere Maßstäbe eingehalten werden müssten, insbesondere bei chinesischen Investitionsvorhaben innerhalb des Gebietes der Allianz.

3. Vortrag von Georhii Dubynskyi, stellvertretender Minister für die digitale Transformation der Ukraine, zum Thema „Errungenschaften des Ministeriums auf dem Gebiet der digitalen Transformation“.

Ungeachtet des Krieges in der Ukraine würden digitale Projekte der Regierung weiterverfolgt, so **Georhii Dubynskyi**. Beispielsweise sei in eine militärische Anwendung eine zivile Applikation, mit der Bürgerinnen und Bürger ihren Pass, den Führerschein und weitere Dokumente aufbewahren und neue Anträge stellen könnten, integriert worden. Nutzerinnen und Nutzer seien somit in der Lage, Truppenbewegungen der russischen Armee oder die Zerstörung ihrer Besitztümer anzuzeigen, was dem ukrainischen Geheimdienst helfe, sich ein aktuelles Lagebild zu verschaffen.

In der Diskussion erkundigte sich **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) nach Maßnahmen, um widerstandsfähiger gegen russische Cyberattacken zu werden und **Njall Trausti Fridbertsson** (Island) fragte nach der Einschätzung des stellvertretenden Ministers zur Unterstützung von nichtstaatlichen Organisationen wie Anonymous im Cyberkrieg gegen Russland. **Georhii Dubynskyi** merkte an, dass es mit dem NATO Trust Fund gelungen sei, schnell und einfach Fähigkeiten im Cyberraum zu verbessern. Auch die Schaffung des digitalen EU-Binnenmarktes erhöhe die Transparenz und die Glaubwürdigkeit von seriösen Plattformen. Die Ukraine solle einen möglichst leichten Zugang hierzu erhalten. Prinzipiell sei jede Unterstützung für die Ukraine willkommen, auch die von

nichtstaatlichen Organisationen, jedoch könne die ukrainische Regierung kaum Einfluss auf solche Organisationen ausüben oder Absprachen treffen.

4. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Die Rolle der Technologie beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Sven Clement (Luxemburg.).

Sven Clement argumentierte, der Klimawandel beeinflusse alle militärischen Unternehmungen in der Luft, auf dem Land und zu Wasser. Der Klimawandel steigere Konfliktpotenziale, die besonders die Wasserversorgung und Migrationsbewegungen auf Grund von Dürren oder der Zunahme von Starkwetterereignissen betreffen. Der Klimawandel eröffne zudem neue Handelsrouten im Norden, was zu Gebietsstreitigkeiten führen könne. Leider zeige auch der russische Angriffskrieg die Folgen der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Mit klimafreundlicheren Technologien gehe oftmals auch eine größere strategische Unabhängigkeit einher.

5. Vortrag von Juljius Grubliauskas, Klima- und Energiesicherheitsberater der NATO, zum Thema „Sicherheitsüberlegungen zur grünen Energiewende“.

Juljius Grubliauskas betonte, mit dem neuen Strategischen Konzept der NATO würden wichtige Weichen für die Anpassung der Streitkräfte an den Klimawandel gestellt sowie für den Fall, dass das Militär zunehmend als Erstversorger bei Katastropheneinsätzen tätig werden müsse. Umweltfreundliche Antriebssysteme für das Militär sparten nicht nur Treibhausgase ein, sondern erzeugten oftmals sogar taktische Vorteile. Wo seien beispielsweise mit Wasserstoff angetriebene U-Boote leiser und dank einer dezentralen und dadurch oftmals erneuerbaren Energieversorgung deutlich robuster gegen Cyberangriffe. Während des NATO-Einsatzes in Afghanistan sei die Lieferung von fossilen Treibstoffen in abgelegene Regionen besonders kostenintensiv gewesen.

6. Beratung des Berichtsentwurfes „Die Zukunft der Kriegsführung“ des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Njall Trausti Fridbertsson (Island).

Njall Trausti Fridbertsson argumentierte, die russischen Truppen würden in der Ukraine kaum einheitlich geführt, was auch darauf zurückgeführt werden könne, dass die russischen Satellitenfähigkeiten vergleichsweise gering und die Drohnentechnologie noch nicht ausgereift sei. Der Angriffskrieg mache deutlich, dass die Rolle von nichtstaatlichen Einrichtungen besonders im Cyberraum zunehme. Kriegsführung bedeute mehr denn je auch die Beeinflussung der Meinungsbildung auf dem internationalen Parkett.

7. Vortrag von Dr. Kestutis Paulauskas, NATO-Strategieberater für die Reform des Kommandos der Alliierten, zum Thema „The NATO Warfighting Capstone Concept“.

Mit dem Warfighting Capstone Concept habe sich die NATO, so **Dr. Kestutis Paulauskas**, auf die militärisch-politische Rolle des Bündnisses zurückbesonnen. Nach Ende des Kalten Krieges habe sich die NATO eher politisch-militärisch orientiert. Das Handeln der NATO beeinflusse das Umfeld und die Sicherheitslage. Daher müsse die NATO technologisch führend, wirtschaftlich stärker sein und nicht nur mehr Fähigkeiten besitzen, sondern auch einen längeren Atem haben.

Cheryl Gallant (Kanada) erkundigte sich, ob künftig Künstliche Intelligenz auch für die Entscheidungsfindung genutzt werde. **Fabrizio Ortis** (Italien) ging auf chinesische Forschungsmethoden ein, die Menschenrechte verletzen und zeigte sich besorgt darüber, ob solche Methoden effizienter seien. **Dr. Kestutis Paulauskas** antwortete, Künstliche Intelligenz werde nicht auf der strategischen Ebene genutzt, um Entscheidungen zu treffen, wohl aber auf der taktischen Ebene. Der technologische Vorsprung des Westens sei weiterhin gegeben, wichtig sei, dass die NATO eine China-Strategie verabschiede.

VIII. Plenarsitzung

1. Ansprache des Präsidenten Gerald E. Conolly

In seiner Ansprache erklärte Präsident **Conolly**, der russische Angriff gegen die Ukraine stelle eine Zäsur dar. Der Kampf der Ukraine für Frieden und Demokratie sei Vorbild für die ganze Welt. Die Ukraine müsse mit militärischer Ausrüstung, Aufklärung und humanitärer Hilfe unterstützt sowie Flüchtlinge und Vertriebene versorgt werden. Die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland müssten aufrechterhalten und nach Ende des Krieges ein „Marshall-Plan“ für die Finanzierung des Wiederaufbaus entwickelt werden. Der Entschließungsentwurf „Der Ukraine beistehen“ beinhalte dahingehende Empfehlungen. In der Versammlung solle ein Sonderfond zur

Unterstützung der Ukraine eingerichtet werden. Hinsichtlich des Entschließungsentwurfs „Die Auseinandersetzung mit der russischen Bedrohung“ erklärte er, bei der Jahrestagung in Madrid müsse bekräftigt werden, dass die Alliierten gemäß Art. 5 des Washingtoner Vertrages alle notwendigen Maßnahmen zur Abschreckung und Verteidigung des NATO Territoriums ergreifen würden. Die demokratischen Werte seien stets der Kompass für die Ausrichtung der NATO und stünden im Zentrum eines jeden strategischen Konzepts. Nach der Präambel und des Artikels 2 des NATO-Vertrages seien sie zwingende Voraussetzung für eine NATO-Mitgliedschaft. Finnland und Schweden teilten diese demokratischen Werte und gehörten daher in die NATO.

2. Ansprache des Präsidenten der Republik Litauen, Gitana Nausėda

Gitana Nausėda verurteilte den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und warnte vor der Gefahr, dass Putin den Krieg auf andere Länder ausweiten könne. Er bezeichnete Russland als eine Bedrohung, die noch Jahre anhalten werde und zog die Konsequenz, dass die Verteidigungsstrategie in Europa und innerhalb der NATO geändert und modernisiert werden müsse. Die NATO-Politik der offenen Tür sei ihr effektivstes Werkzeug. Er sprach sich für die zügige Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO aus.

3. Ansprache der Präsidentin des Parlaments der litauischen Republik, Viktorija Čmilytė-Nielsen

Viktorija Čmilytė-Nielsen sprach sich für eine rasche Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO aus. Die NATO müsse sich an die neuen Bedrohungen anpassen, indem sie ihre Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie stärke und im Falle eines Angriffs für eine gemeinsame Verteidigung vorbereitet sei. Die Lieferung von Waffen sei ein klares Signal an die Ukraine. Sie betonte die Bedeutung der Politik der offenen Tür. Es solle die Entscheidung der Ukraine sein, ob sie einen NATO-Beitritt anstrebe.

4. Ansprache des Leiters der litauischen Delegation, Audronius Ažubalis

Audronius Ažubalis ging auf die Gräueltaten von Butscha und Mariupol ein und stellte er die Frage, was noch passieren müsse, bis die NATO vom passiven Beobachter zum aktiven Akteur werde. Beim NATO-Gipfel Ende Juni in Madrid dürften nicht die Fehler vom NATO-Gipfel 2008 in Bukarest wiederholt werden. Die Folgen des Versäumnisses seien die Annexion der Krim 2014 sowie der Angriffskrieg. Russland bedrohe die westliche Demokratie, daher müsse zunächst die Ukraine den Krieg gewinnen, danach Russland „De-Putinisiert“ werden.

5. Ansprache des Leiters der ukrainischen Delegation, Yehor Cherniev

Yehor Cherniev betonte, Litauen sei ein enger Partner der Ukraine, die große Unterstützung erfahren habe. Er dankte Polen für die Aufnahme von Geflüchteten, Lettland, Estland, Kanada und dem Vereinigten Königreich für die Lieferung von schweren Waffen sowie den USA für die Hilfspakete, insbesondere für die Lieferung von M777 Haubitzen. Diese hätten dazu beigetragen, den Vormarsch russischer Truppen vor Kiew zu stoppen. Des Weiteren dankte er Dänemark für die Lieferung von Schiffabwehrsystemen sowie Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Bulgarien und Rumänien für die Unterstützung, insbesondere für die Aufnahme von Geflüchteten. Er dankte Deutschland für dessen Unterstützung und erklärte, man warte noch auf Panzer-2000-Haubitzen. Er hoffe, dass diese bald geliefert würden. Ein Sieg sei nur mit der Lieferung von schweren Waffen möglich. Der Krieg sei das Ergebnis einer Fehlentscheidung, die westliche Welt habe im letzten Jahrzehnt die Situation in Europa nicht richtig eingeschätzt. Die Situation habe sich durch die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas sowie durch enge Geschäftsbeziehungen noch verschlimmert. Der Westen sei auch nach 2014 nicht aufgewacht, um wirksame Sanktionen zu beschließen und sei davon ausgegangen, dass Putin sich nicht weiter bewegen werde. Als 2008 der NATO-Beitritt der Ukraine gescheitert sei, habe man Russland nicht provozieren wollen, was aber Russland selbstbewusster werden ließ. Mit einem NATO-Beitritt der Ukraine in 2008 wäre es nicht zu einem Krieg gekommen. Jetzt sei die Zeit, die Fehler zu korrigieren. Einige europäische Politiker seien gegenüber Russland nicht entschlossen genug. Er forderte schärfere Sanktionen und ein Embargo. Andernfalls würde der Krieg weiter finanziert werden.

6. Ansprache des Präsidenten des ukrainischen Parlaments, Ruslan Stefantschuk

Präsident **Ruslan Stefantschuk** erklärte, der Krieg habe nicht mit den Angriffen vom 24. Februar 2022 begonnen, sondern dauere de facto schon seit 2014 an. Russland sei ein Aggressor, der Gewalt, Schrecken und Hunger mit sich bringe und die Ukraine sowie die gesamte Staatengemeinschaft erpresse. Er bat um Waffenlieferung zur

Verteidigung, insbesondere von Raketen und Langstrecken-Artillerie. Er forderte das Ende aller Handelsbeziehungen zu Russland und eine Anklage wegen Kriegsverbrechen gegen Putin und seine Unterstützer. Er sprach den Wunsch aus, dass die Ukraine der NATO und der EU beitreten dürfe.

7. Ansprache des stellvertretenden Generalsekretärs der NATO, Mircea Geoana

Der stellvertretende Generalsekretär **Mircea Geoana** erklärte, die NATO-Erweiterung sei ein historischer Erfolg, deren Tür weiterhin geöffnet bleiben müsse. Der Krieg stelle die größte humanitäre Krise für Europa seit Jahrzehnten dar, die auch eine große ökonomische Krise verursachen werde. Die Täter müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Die russische Invasion verlaufe nicht nach Plan, da Putin nicht mit einem derartigen Widerstand gerechnet habe. Die Ukraine könne den Krieg gewinnen und die Bündnispartner müssten alles für einen Sieg der Ukraine einsetzen. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 habe die Ukraine überrumpelt. Jetzt seien die ukrainischen Truppen stärker und würden besser geführt. Um die Finanzierung des russischen Krieges zu verhindern, müssten weitere Sanktionen in enger Zusammenarbeit mit der EU beschlossen und mehr Druck auf Putin ausgeübt werden. Neben finanziellen Hilfen und die Aufnahme von Geflüchteten müsse die langfristige Stabilisierung der Ukraine als Ausdruck des Glaubens an Demokratie und Freiheit erreicht werden. Putin prüfe die NATO. Ziel des Bündnisses müsse sein, sich zu schützen, zu stabilisieren und die Verteidigung zu stärken. Die Zahl der Kampftruppen im baltischen Raum müssten verdoppelt und beim NATO-Gipfel in Madrid wichtige Entscheidungen getroffen werden.

In der Aussprache erkundigte sich ein ukrainischer Delegierter nach den Möglichkeiten der NATO, die blockierten ukrainischen Häfen für die freie Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer zu ermöglichen. Geoana erklärte, die de-facto Blockade ukrainischer Häfen im Schwarzen Meer müsse beendet und der freie Schiffsverkehr wieder ermöglicht werden. Es werde mit allen diplomatischen Mitteln versucht, eine Lösung zu finden. Auf die Frage zum angestrebten NATO-Beitritt von Finnland und Schweden antwortete er, er sei optimistisch, dass beide Staaten bald beitreten wobei die Bedenken der Bündnispartner berücksichtigt würden. Zur Frage, wie die Bemühungen für die Ukraine durch eine NATO-EU-Zusammenarbeit verstärkt werden könnten, führte er aus, für den NATO-Generalsekretär seien die NATO-EU-Beziehungen unverzichtbar. Die EU habe die NATO in ihrem aktuellen „Strategischen Kompass“ 29 Mal als wichtigen Partner bezeichnet. Im neuen strategischen Konzept werde die bedeutende Rolle der unverzichtbaren Partnerschaft berücksichtigt. Ein amerikanischer Delegierter betonte, das neue strategische Konzept müsse auch die Aussage enthalten, dass die NATO ein Atomwaffen-Bündnis sei. Die atomare Bedrohung werde nicht ernst genug bewertet, obwohl Russland über die modernsten Atomwaffen verfüge, wie beispielsweise atomgetriebene Marschflugkörper „Skyfall“. Die Ukraine habe nach dem Budapester-Memorandum auf ihre Atomwaffen verzichtet. **Geoana** betonte, solange die Verbündeten über Atomwaffen verfügten, sei die NATO ein atomares Bündnis und für die Bereitstellung atomarer Waffen durch die USA, Frankreich und das Vereinigte Königreich dankbar. Diese Waffen trügen zur Sicherheit bei. Die NATO verurteile die verantwortungslose Rhetorik des Kremls zum möglichen Einsatz von Atomwaffen. Aktuell gebe es aber keine Anhaltspunkte für den Einsatz russischer Atomwaffen. Eine spanische Delegierte legte dar, die Ukraine produziere für den Weltmarkt 10 Prozent Getreide und 15 Prozent Mais und sei der wichtigste Lieferant für Sonnenblumenöl, wovon rund 50 Prozent nach Afrika und in den Mittleren Osten geliefert werde. Es stelle sich die Frage, wie die Getreidevorräte aus der ukrainischen Stadt Odessa gebracht werden könnten. Um eine weltweite Hungerkrise zu verhindern, plädierte ein Delegierter aus dem Vereinigten Königreich das Risiko eines militärischen Konflikts in Kauf zu nehmen. **Geoana** erwiderte, die betroffenen Länder müssten unterstützt werden und eine Hungerkrise müsse verhindert werden, die wiederum eine Flüchtlingskrise hervorrufen könne. Einige Nachbarländer versuchten, über Land das Getreide zu transportieren, was nur bedingt möglich sei und nicht ausreiche. Die NATO sei verpflichtet, die Ukraine zu unterstützen und gleichzeitig zu verhindern, dass sich der Krieg nicht zu einem zwischen der NATO und Russland ausweite. Auf die Frage nach einer Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Sanktionen, antwortete er, die NATO verhängte keine Sanktionen, beobachte aber die Auswirkungen auf die russische Wirtschaft und die Folgen des Verbots von Technologieexporten. Die Munition für Präzisionsschläge werde in Russland bereits knapper. Ein norwegischer Delegierter erkundigte sich nach dem Zeitpunkt der Ratifizierung durch alle Bündnispartner hinsichtlich des finnischen und schwedischen Beitrittsgesuchs und wie sich die Mitgliedschaft auf den Ostseeraum, Skandinavien und Nordeuropa auswirken werde. Der stellvertretende Generalsekretär verwies auf das NATO-Außenministertreffen in Berlin, bei dem eine rasche Ratifizierung zugesagt worden sei. Das Zeitfenster bis zur vollen Mitgliedschaft solle möglichst klein gehalten werden, da die Beistandsklausel des Art. 5 des Washingtoner Vertrages die Vollmitgliedschaft voraussetze. Auf die Sicherheitslage am Schwarzen Meeres, insbesondere für Bulgarien, Rumänien und den westlichen Balkanraum und zu den Möglichkeiten gefragt, wie beispielsweise mit einer stärkeren Marinepräsenz der NATO verhindert werden könne, dass

das Schwarze Meer zu einem russischen Meer werde, antwortete er, die Marine der NATO müsse neben Nachrichtendienste, Expertinnen und Experten für Cyber-Angriffe vor Ort präsent sein. Der Westbalkan spiele eine wichtige Rolle für die EU-NATO-Kooperation. Zur Frage, wie die Stationierung von chinesischen Flugabwehrsystemen in Serbien bewertet werde, antwortete er, die Meinung des NATO-Partners Serbien werde akzeptiert, die Haltung der NATO stehe fest. Auch auf die Frage nach der Rolle des hohen Nordens für die NATO, antwortete er, die Mitgliedschaft von Schweden und Finnland werde einen wichtigen Beitrag für die Stabilität und Sichtbarkeit der NATO im hohen Norden leisten, wo sie bislang nicht sehr präsent sei. Ein türkischer Delegierter erkundigte sich nach der Reaktion der NATO im Falle dass sich Russland aus Syrien zurückziehe. Der stellvertretende Generalsekretär legte dar, Ziel der NATO sei es, die Sicherheit für alle Verbündeten und Partner zu gewährleisten. Die NATO sei über das russische Engagement in Afrika und im Mittleren Osten sehr besorgt und die Herausforderungen würden in das neue Strategiekonzept aufgenommen. Auf Nachfrage einer lettischen Delegierten, wann der Ukraine Mehrfachraketenwerfer, schwere Artillerie sowie Langstreckenartillerie geliefert werde, antwortete er, vor wenigen Wochen habe in Rammstein ein Koordinierungstreffen zwischen Partnern und Alliierten stattgefunden, weitere Treffen seien geplant. Die NATO könne nur koordinierend unterstützen, gebe aber nicht vor, was die nationalen Regierungen für die Ukraine zusicherten. Gefragt nach der möglichen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine führte er aus, es sei wichtig, im Dialog mit der Ukraine zu bleiben und den Grundsatz der Politik der offenen Tür fortzusetzen. **Marja-Liisa Völlers** (SPD) führte aus, aktuell sei die Aufmerksamkeit verständlicherweise nach Osteuropa gerichtet und das Bündnis besinne sich mehr auf seine Bündnisverteidigung. Gleichzeitig seien auch Partner wie beispielsweise Japan daran interessiert, sich näher an die NATO zu binden. Sie fragte nach dem Stand der Vertiefung solcher Partnerschaften. Der stellvertretende Generalsekretär antwortete, er begrüße es, dass sich Deutschland entschieden habe, zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für die Bundeswehr auszugeben. Japan habe die gleiche Entscheidung getroffen. Die NATO unterhalte enge Partnerschaften mit Australien, Japan und Neuseeland. Beim nächsten NATO-Gipfel werde auch über den Ausbau der Partnerschaften gesprochen. Ein italienischer Delegierter merkte an, hinsichtlich der Südflanke sei ein 360-Grad-Ansatz notwendig und in Madrid müsse darüber diskutiert werden, wie alle Flanken der NATO gestärkt werden könnten. Der stellvertretende Generalsekretär stimmte dem zu und legte dar, dass die Stärkung der Truppen an der Südflanke für die NATO ein existentielles Anliegen sei.

8. Ansprache des finnischen Parlamentspräsidenten, Matti Vanhanen

Matti Vanhanen erklärte, die russische Invasion habe zu einer grundlegend veränderten Einschätzung der Sicherheitslage in Finnland geführt. Das russische Vorgehen habe die europäische Sicherheitsarchitektur zerstört. Die Neutralität Finnlands sei immer ein nationales Interesse gewesen, die neue Situation erfordere neue Maßnahmen. Ca. 80 Prozent der Öffentlichkeit spreche sich für einen NATO-Beitritt aus, im finnischen Parlament hätten 188 Abgeordnete für und nur 8 gegen einen Beitritt gestimmt. Die NATO sei ein wichtiger Akteur für die Stabilität im transatlantischen Raum. Ein Beitritt Finnlands könne zur Stabilität im Ostseeraum beitragen. Finnland investiere viel in die Verteidigung, seine Marine sei spezialisiert auf Flachwasser und Archipele. Für den Luftraum seien jüngst 35 Kriegsflugzeuge angeschafft worden. Finnland habe zudem den NATO-Wettbewerb bei der Verteidigung des Cyberraums gewonnen. Finnland habe eine gemeinsame Grenze mit Russland, ein Dialog finde statt. Finnland und die NATO teilten dieselben Werte, daher hoffe er auf ein schnelles Beitrittsverfahren.

9. Ansprache des schwedischen Parlamentspräsidenten, Andreas Norlén

Präsident Andreas Norlén erklärte, die Bewerbung um eine NATO-Mitgliedschaft sei eine historische Entscheidung gewesen und fast 90 Prozent der Abgeordneten hätten dafür gestimmt. Der Beitritt würde zu fundamentalen Veränderungen in der NATO führen und sie könne neue Expertisen erreichen sowie Fähigkeiten verstärken. Schweden könne innerhalb weniger Jahre das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen, was den größten Zuwachs seit den 50er Jahren im Bereich Aufrüstung darstelle. Die Bewerbung sei ein Startsignal für den Beitrittsprozess, der die Ratifizierung aller 30 Mitglieder erfordere. Er dankte für die große Zustimmung und hoffe auf einen schnellen Beitrittsprozess. Bestehende Bedenken könnten im Gespräch behoben werden.

10. Beratung der Entschließungsentwürfe

Nach einer Aussprache wurden mit großer Mehrheit zwei Entschließungsentwürfe angenommen: „Die Auseinandersetzung mit der russischen Bedrohung“, vorgelegt von Gerald E. Connolly (Vereinigte Staaten) und „Der Ukraine beistehen“, vorgelegt von Michal Szczerba (Polen).

11. Bericht des Schatzmeisters Wolfgang Hellmich und Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2023

Schatzmeister **Wolfgang Hellmich** (SPD) stellte den geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2021 sowie seinen Bericht über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den 26. Oktober 2022

Marja-Liisa Völlers
Stellvertretende Leiterin der Delegation

Peter Beuth
Leiter der Delegation des Bundesrates

IX. Verabschiedete Erklärungen**ERKLÄRUNG**

096 SESP 22 E rev.1 fin | Original: Englisch

DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER RUSSISCHEN BEDROHUNG

Die Versammlung,

1. den nicht provozierten und nicht zu rechtfertigenden selbstgewählten Krieg Russlands gegen die Ukraine und die schrecklichen Kriegsverbrechen, für die Russland zur Verantwortung gezogen werden muss, auf das Schärfste verurteilend;
2. die Tatsache unterstreichend, dass die Aggression Russlands gegen die Ukraine seit 2014 und weitere aktuelle aggressive Handlungen, Äußerungen und Ultimaten in das Muster der permanenten Verstöße gegen internationalen Verpflichtungen des Landes und die systematischen Versuche passen, Demokratien zu unterterminieren, die europäische Sicherheitsordnung auf den Kopf zu stellen und die internationale regelbasierte Ordnung zu zerstören;
3. die fortwährende widerrechtliche Besetzung von Teilen des Hoheitsgebietes der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau durch Russland, die systematischen Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten und die fortwährenden Versuche Russlands, diese Länder zu destabilisieren und ihre europäische bzw. euroatlantische Integration zu torpedieren, verurteilend;
4. die Tatsache hervorhebend, dass Russlands aggressive Handlungen, die in einer revisionistischen Politik gründen und von einer umfassenden Modernisierung der Streitkräfte gestützt werden, die unmittelbarste und grundsätzlichste Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit darstellen;
5. zur Kenntnis nehmend, dass der erneute groß angelegte Einmarsch Russlands in die Ukraine eine neue strategische Realität geschaffen hat, mit der sich die NATO-Mitgliedstaaten auseinandersetzen müssen;
6. die Tatsache hervorhebend, dass die jüngsten Handlungen Russlands die Relevanz und Aktualität der zwei wichtigsten Prioritäten der Versammlung für das neue strategische Konzept der NATO bestätigen: die Bekräftigung der gemeinsamen demokratischen Werte und Kerngrundsätze des Bündnisses und die Anpassung der NATO an ein radikal verändertes Sicherheitsumfeld;
7. unmissverständlich deutlich machend, dass sich Russland von den Kerngrundsätzen der NATO-Russland-Grundakte von 1997 verabschiedet hat;
8. die Tatsache bekräftigend, dass die NATO als Verteidigungsbündnis nicht die Konfrontation mit Russland sucht;
9. das Bekenntnis der NATO-Mitgliedstaaten zu Artikel 5 des NATO-Vertrages für absolut erklärend und klarstellend, dass die Verbündeten alle notwendigen Maßnahmen treffen werden, um die Abschreckung und Verteidigung in Bezug auf jeden Quadratzentimeter des NATO-Hoheitsgebietes und gegenüber sämtlichen Bedrohungen Russlands gegen die transatlantische Sicherheit zu gewährleisten;
10. zur Kenntnis nehmend, dass die NATO kontinuierlich ihre Offenheit für einen zielführenden Dialog bekräftigt hat, ein solcher Dialog aber aufgrund des Vorgehens Russlands derzeit nicht möglich ist;
11. eingedenk der Tatsache, dass Russland seine militärische Zusammenarbeit mit China weiter ausbaut, und besorgt über die gemeinsame Erklärung Russlands und Chinas von 2022, in der die beiden Länder die regelbasierte internationale Ordnung in Frage stellen und in der sich China erstmals Russlands Ablehnung des Rechts eines jeden Landes, seinen eigenen Weg zu wählen, anschließt;
12. die Vorlage des Antrags Finnlands und Schwedens auf Mitgliedschaft im Bündnis begrüßend und die gegen diese NATO-Partner gerichteten Drohungen verurteilend;
13. die Geschlossenheit und Entschlossenheit des Bündnisses und seiner wichtigsten Partner einschließlich des wichtigsten Partners der NATO, der Europäischen Union, angesichts der russischen Aggression sowie die für die Ukraine und weitere Partner bereitgestellte praktische und politische Unterstützung und die raschen und notwendigen Maßnahmen des Bündnisses zur Stärkung ihres Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs mit Beifall zur Kenntnis nehmend;
14. in Kenntnis der Tatsache, dass sich die von Russland ausgehenden Cyber-Bedrohungen und Desinformationsoperationen zu politischen Zwecken vervielfacht haben;

15. die Tatsache hervorhebend, dass die fortwährende Geschlossenheit und Entschlossenheit des Bündnisses, geleitet durch gemeinsame demokratische Werte, von grundlegender Bedeutung für den Umgang mit den Drohungen Russlands sind;
16. FORDERT die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses NACHDRÜCKLICH AUF, bei ihrem Treffen in Madrid
 - a. alle Aspekte ihrer Unterstützung für die Ukraine sowie der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine angesichts des russischen Krieges wie in der Erklärung der Versammlung zum Beistand für die Ukraine [111 SESP rev.1 fin] empfohlen erneut zu bekräftigen;
 - b. Russlands böswilligen Revisionismus und aggressive Handlungen als unmittelbarste und grundsätzlichsste Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit im neuen strategischen Konzept der NATO klar zu benennen;
 - c. das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv des Bündnisses über die gesamte Bandbreite der militärischen Schlagkraft auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen, konventionellen und raketengestützten Verteidigungsfähigkeiten weiterhin erheblich zu stärken und anzupassen;
 - d. rasch zu einem „Vorneverteidigungsdispositiv“ zu gelangen, insbesondere durch die permanente Entsendung von Truppen und Gerät entlang der Ostflanke der NATO, die Verbesserung von Führungsstrukturen und die Erhöhung der militärischen Einsatzbereitschaft;
 - e. die auf dem Gipfel von Wales getroffene Zusage für Verteidigungsinvestitionen in ihrer Gänze zu bekräftigen und einzuhalten und die 2 %/20 %-Richtlinien der Zusage als langfristige Mindestverpflichtung zu verankern;
 - f. die Abschreckungs- und Verteidigungskonzepte unterhalb der Schwelle des Artikels 5 mithilfe einer Kombination aus politischen und militärischen Instrumenten zu verfeinern;
 - g. die Maßnahmen zur entschlossenen und wirksamen Bekämpfung der russischen Cyber-Bedrohung und ihrer Folgen einschließlich von Desinformation auszubauen;
 - h. sich mit den Folgen der Zusammenarbeit zwischen Russland und China für die euroatlantische Sicherheit auseinanderzusetzen und diese zu bewerten;
 - i. die Kanäle für Diplomatie, Konfliktabbau, Deeskalation und Rüstungskontrolle mit Russland offen zu halten, um eine unbeabsichtigte Eskalation, Missverständnisse oder Fehlkalkulationen zu vermeiden;
 - j. sich mit Blick auf die Stärkung der transatlantischen Energiesicherheit und -unabhängigkeit durch die Diversifizierung von Energiequellen, die Erwägung neuer Versorgungswege und den Ausstieg aus Kohle-, Gas-, Öl- und Uranimporten aus Russland gegenseitig zu unterstützen;
 - k. mit Blick auf mögliche weitere aggressive Handlungen Russlands, die über die Ukraine hinausreichen, sowie die Versuche Russlands, seinen Einfluss in Schlüsselregionen vom Schwarzen Meer bis zu den Westbalkanstaaten und zur südlichen Nachbarschaft des Bündnisses auszuweiten, beispielsweise mithilfe von Söldnern wie der „Gruppe Wagner“, einen effektiven Informationsaustausch sicherzustellen;
 - l. die politische und praktische sowie militärische Unterstützung für weitere NATO-Beitrittskandidaten und -Partner, die Druck und Einschüchterungsversuchen von Seiten Russlands ausgesetzt sind, insbesondere Bosnien und Herzegowina, Georgien und die Republik Moldau, auszubauen;
 - m. die Politik der offenen Tür zu bekräftigen, gegen die kein Drittstaat ein Veto einlegen kann;
 - n. im Hinblick auf den Umgang mit der von Russland ausgehenden Bedrohung mit der Europäischen Union und weiteren Schlüsselpartnern weiterhin eng zusammenzuarbeiten;
 - o. die gemeinsamen demokratischen Werte ins Zentrum der Reaktion der NATO auf die Drohungen Russlands zu stellen, beispielsweise mithilfe der Einrichtung eines Zentrums für Demokratieresilienz (Democratic Resilience Centre) innerhalb der NATO, das als Ressource und Schaltstelle für bewährte Verfahren und den Austausch über demokratische Maßstäbe fungiert und Mitgliedern, Partnern und Ländern, die die Mitgliedschaft in der NATO anstreben, zur Verfügung steht.

ERKLÄRUNG

111 SESP 22 E rev.1 fin | Original: Englisch

DER UKRAINE BEISTEHEN

Die Versammlung,

1. fest an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volkes stehend;
2. den grundlosen und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – die schlimmste Aggression in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg – aufs Schärfste verurteilend und in Bekräftigung ihrer uneingeschränkten Unterstützung für die Demokratie, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine;
3. in Bekräftigung der Tatsache, dass die gewaltsame Besetzung und Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland eine rechtswidrige und nicht zu rechtfertigende Aggression darstellt, durch die grundlegende Prinzipien des Völkerrechts verletzt werden;
4. die Versuche Russlands zur Legitimierung der illegalen Besetzung und Annexion von Gebieten durch illegitime Referenden und Wahlen zurückweisend;
5. entschlossen, das russische Regime, dessen Komplizen im belarussischen Regime und alle weiteren Akteure, die Kriegsverbrechen begangen haben und für Tod, Leid und Zerstörung verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen;
6. unter nachdrücklicher Verurteilung der gravierenden Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, einschließlich der Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur, der gezielten Attacken auf Entbindungsstationen, Krankenhäuser, Wohngebäude, Theater, Kindergärten, Schulen und Gebäude, die als Notunterkünfte für Flüchtlinge genutzt werden, sowie des Einsatzes verbotener Waffen, einschließlich Streubomben, durch den gegen internationale Verpflichtungen und Vorschriften verstoßen wird und der dementsprechend umgehend gestoppt werden muss;
7. zutiefst beunruhigt über die zunehmenden Gefahren, denen die in Zeiten eines Konflikts am stärksten gefährdeten Gruppen, insbesondere Frauen und Kinder, ausgesetzt sind, darunter die Gefahr der sexuellen Gewalt und des Menschenhandels;
8. mit tiefem Respekt und Bewunderung für den bemerkenswerten Mut der ukrainischen Streitkräfte und Sicherheitskräfte und der Freiwilligen, für die Einigkeit und Entschlossenheit des ukrainischen Volkes sowie auch für die vorbildliche Führungsrolle der ukrainischen Regierung angesichts dieser brutalen Aggression;
9. zur Kenntnis nehmend, dass Russland mit seinem Angriff auf die Ukraine die Demokratie in der Ukraine zerstören, andere souveräne und unabhängige Länder einschüchtern und letzten Endes die Werte, die für die NATO und die gesamte demokratische, zivilisierte und friedfertige Welt grundlegend sind, untergraben will;
10. das russische Regime ermahnen, dass seine Politik und Praktiken, darunter Mord, Folter, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen, Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe, schwere Körperverletzung von Zivilpersonen, vorsätzliche militärische Angriffe oder Angriffsdrohungen gegen Zivilpersonen und zivile Bereiche, Zerstörung von Eigentum und Angriffe unter anderem auf Krankenhäuser, wodurch die ukrainische Zivilbevölkerung mit gewaltsamen und furchteinflößenden Mitteln aus bestimmten Gebieten vertrieben werden soll, Kriegsverbrechen darstellen;
11. unter Betonung der Tatsache, dass Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, die inakzeptable aggressive Rhetorik gegen und die Ultimaten an die Verbündeten und Partner der NATO – einschließlich der unausgesprochenen Androhung einer chemischen, biologischen, radiologischen und atomaren Eskalation – bestätigen, dass das Vorgehen Russlands heute die gravierendste Bedrohung für die Sicherheit Europas darstellt und sich in ein Schema der systematischen Versuche zur Untergrabung der regelbasierten internationalen Ordnung einfügt;
12. davon überzeugt, dass dieses Vorgehen einen Wendepunkt darstellt und eine neue strategische Realität schafft, an die sich die Verbündeten und Partner der NATO unmittelbar wie auch langfristig anpassen müssen;

13. versichernd, dass sie weder die rechtswidrigen Ansprüche Russlands in der Ukraine noch jedweden Versuch Russlands, illegitime alternative Verwaltungsstrukturen in der Ukraine zu errichten, jemals anerkennen wird, und ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Regierung und das Parlament der Ukraine, die demokratisch gewählt sind, bekräftigend;
14. die Geschlossenheit der Verbündeten und ihrer wichtigsten Partner einschließlich des wichtigsten Partners der NATO, der Europäischen Union, angesichts der russischen Aggression, die der Ukraine zuteilwerdende praktische und politische Unterstützung und die vom Bündnis getroffenen raschen und notwendigen Maßnahmen zur Stärkung seines Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs mit Beifall zur Kenntnis nehmend;
15. dazu entschlossen, zur Festigung der Demokratie in den Bündnis- und Partnerstaaten beizutragen – konkret bei denjenigen Partnern, die infolge der russischen Aktivitäten gefährdet sind – und die grundlegenden Prinzipien der regelbasierten internationalen Ordnung, einschließlich des Rechts aller Staaten, über ihren Weg selbst zu entscheiden, weiter zu verteidigen;
16. unter Bekräftigung der Tatsache, dass sie den Weg zur europäischen und euroatlantischen Integration, den das ukrainische Volk gewählt hat und der in der Verfassung der Ukraine verankert ist, unablässig unterstützt;
17. dankbar für die von vielen Bürgerinnen und Bürgern weltweit zum Ausdruck gebrachte Unterstützung für die Ukraine, darunter auch von denjenigen, die unter strenger Zensur und Unterdrückung leiden;
18. FORDERT die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses NACHDRÜCKLICH AUF,
 - a. den Aufbau einer starken internationalen Koalition, die das Ziel hat, die Ukraine mit jeder erdenklichen Hilfe zu unterstützen, fortzusetzen und den Druck auf Russland zu erhöhen, damit es alle militärischen und hybriden Operationen einstellt und seine Truppen unverzüglich aus der Ukraine abzieht;
 - b. massive, lähmende und nachhaltige Sanktionen so lange aufrechtzuerhalten und zu verschärfen, bis Russland seine rechtswidrigen Maßnahmen wieder rückgängig macht und alle seine Truppen aus dem gesamten Staatsgebiet der Ukraine innerhalb deren international anerkannter Grenzen wieder abzieht, sowie auch die Liste der mit dem russischen Regime in Verbindung stehenden sanktionierten Oligarchen und Amtsträger sowie deren Familien, Propagandisten und Staatsmedien zu erweitern und die Kohle-, Gas-, Öl- und Uranimporte aus Russland auslaufen zu lassen;
 - c. den Umfang des Austauschs nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und der Lieferung von militärischer Ausrüstung, insbesondere von Flugabwehrwaffen, Artilleriewaffen, Munitions-, Raketenabwehr- und Schiffsabwehrsystemen, die die Ukraine für ihre Verteidigung gegen die russische Aggression dringend benötigt, deutlich auszuweiten;
 - d. in enger Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Partnern weitere humanitäre Soforthilfe für die Ukraine bereitzustellen und die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge innerhalb wie auch außerhalb der Ukraine zu intensivieren;
 - e. umfangreiche kurz- und langfristige finanzielle und materielle Hilfe für die Ukraine bereitzustellen;
 - f. die Unterstützung der NATO für den Sicherheits- und Verteidigungssektor der Ukraine und die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Streitkräften fortzuführen und zu verstärken;
 - g. sich über die nächsten Schritte im Hinblick auf die Unterstützung des Wegs der Ukraine zur Integration in die NATO zu verständigen;
 - h. von Russland die Freigabe der Routen für Getreideexporte aus der Ukraine zu fordern, um weitere verheerende Folgen für die globale Nahrungsmittelsicherheit zu vermeiden;
 - i. russische Diplomaten, die feindselige Handlungen begehen, indem sie unter anderem Hetze und Desinformation verbreiten und den Konflikt anheizen, auszuweisen;
 - j. die Initiativen zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, die Russische Föderation nach dem Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Völkerstrafrecht zur Rechenschaft zu ziehen, insbesondere die vom Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeleiteten Ermittlungen, sowie die Einsetzung des internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshofs, um das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen;

- k. die Diktatur in Belarus für ihre Unterstützung der russischen Invasion in der Ukraine und ihre Rolle dabei zur Rechenschaft zu ziehen und massive, lähmende und nachhaltige Wirtschaftssanktionen gegen das belarussische Regime aufrechtzuerhalten und zu verschärfen;
- l. Russland weiterhin unmissverständlich deutlich zu machen, dass die Staatengemeinschaft die unrechtmäßige und illegitime Besetzung und Annexion der Krim, die „Unabhängigkeit“ der sogenannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk, die Besetzung ukrainischer Hoheitsgewässer durch Russland oder jedweden Versuch Russlands, illegitime alternative Verwaltungsstrukturen in der Ukraine zu errichten, niemals anerkennen wird;
- m. Russland weiterhin nachdrücklich aufzufordern, sich konstruktiv an glaubwürdigen Gesprächen mit der Ukraine zu beteiligen, um konkrete Ergebnisse zu erzielen, angefangen mit einem dauerhaften Waffenstillstand und Komplettabzug seiner Truppen von ukrainischem Staatsgebiet, der die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine in vollem Umfang achtet;
- n. erneut zu bekräftigen, dass die Ukraine über ihre Zukunft selbst bestimmt und dass keine Entscheidung über die Ukraine ohne die Ukraine getroffen wird;
- o. weiterhin nach Mitteln und Wegen zu suchen, um innerhalb wie außerhalb Russlands mit der russischen Zivilgesellschaft in Verbindung zu treten und dabei alle Initiativen zu fördern, die darauf abzielen, der aggressiven Politik des Kreml entgegenzuwirken;
- p. wachsam zu bleiben und einen effektiven Informationsaustausch über mögliche weitere aggressive Handlungen Russlands jenseits der Ukraine sicherzustellen;
- q. rasch zu einer Strategie der Vorneverteidigung überzugehen, einschließlich der dauerhaften Stationierung von Truppen und Gerät in größerem Umfang entlang der NATO-Ostflanke, und damit die Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung jedes Zentimeters des NATO-Gebiets zu gewährleisten;
- r. die politische und praktische, darunter auch militärische, Unterstützung weiterer NATO-Beitrittskandidaten und -Partner, die dem Druck und den Einschüchterungsversuchen Russlands ausgesetzt sind, zu intensivieren;
- s. im überarbeiteten Strategischen Konzept der NATO klar festzustellen, dass der Revisionismus und das aggressive Vorgehen Russlands die unmittelbarste und größte Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit darstellen, und darauf durch einen Übergang zur „Vorneverteidigung“ zu reagieren, indem das NATO-Dispositiv, die Verteidigungspläne der NATO, insbesondere an der Frontlinie der NATO-Ostflanke, die Führungsstruktur und die militärische Einsatzbereitschaft entsprechend angepasst werden und gleichzeitig bei der Reaktion der NATO auf die aktuellen Herausforderungen die gemeinsamen demokratischen Werte in den Mittelpunkt gestellt werden, darunter auch durch die Einrichtung eines Zentrums für Demokratieresilienz (Democratic Resilience Centre) innerhalb der NATO.

